

vbob Bundeshauptvorstand

12

mit dbb seiten

# Virtuell und zukunftsorientiert

MAGAZIN

Dezember 2024 • 74. Jahrgang





## > Editorial



© Reimo Schaaß

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Amerika hat gewählt und der designierte Präsident sprudelt nur so vor Einfallsreichtum, was die Besetzung seines Kabinetts anbetrifft. Die SPD hat sich auch nach berichtetem Grummeln inzwischen auf den amtierenden Bundeskanzler als Kanzlerkandidaten festgelegt. Gefühlt scheint nun bald alle zwei Tage Sonntag zu sein, so häufig werden uns Befragungen der Bevölkerung, Kanzlerpräferenzen, Zahlen- und Säulendiagramme medial präsentiert. Vielleicht nicht zur großen Überraschung der Konsumentinnen und Konsumenten halten wir fest, dass die eigentliche Stimmabgabe am 23. Februar 2025 das entscheidende Momentum ist. Dann werden wir nach vielen Prognosen und Hochrechnungen am Ende auch ein amtliches Endergebnis haben und wissen, wer von den augenblicklich kandidierenden Kanzlerkandidaten eine Koalition respektive Regierung bilden können.

Die Sicherheitslage Europas, maßgeblich von den Maßnahmen oder eben nicht getroffenen Maßnahmen der amerikanischen Regierung abhängig, bleibt weiter unsicher. Die Aufrüstung der eigenen Sicherheitskräfte in Deutschland und in Europa wird weiterhin gefordert und mangels haushalterischer Möglichkeiten nur langsamer als geplant vorantreiben können. Krieg in Europa nun schon im dritten Jahr, merkwürdige Allianzen weltweit, durch Weltmarktgeschehen, Managemententscheidungen und politische Fehlanreize getroffene Kernindustrie in Deutschland führt zu Tausenden Entlassungen von Beschäftigten und Werkschließungen. Die gescheiterte Ampelregierung versucht noch, die gewünschten politischen Projekte und Maßnahmen mit dem Bundesrat, dem Bundestag und durch Kabinettsbeschlüsse zu finalisieren. Dabei ist es offensichtlich nicht so wichtig, die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, der Bürgerinnen und Bürger geschweige denn der Beschäftigten der Bundesverwaltung im Blick zu behalten. Das Rumpfkabinetts aus nunmehr SPD, Grünen und Volker Wissing hat nach Abgang der FDP-Minister nicht nur mit diesen persönlich verbundene parlamentarische Staatssekretäre entlassen, sondern im Bundesministerium für Bildung und Forschung gleich auch zwei beamtete Staatssekretäre mit. Wer glaubt, das führe zu weniger Leitungspersonal auf dieser Ebene, täuscht sich, denn nicht nur die entlassenen be-

amteten Staatssekretäre gilt es nun weiter zusätzlich zu vergüten, sondern auch die Nachfolger, die nun auf dieser Ebene für rd. sechs Monate neu ernannt wurden. Ich frage mich, welche bildungspolitischen Akzente der designierte baden-württembergische Ministerpräsidentenbewerber, Bundesbildungs- und Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir beabsichtigt, bis zur Wahl im Februar 2025 neu zu setzen!

Auch der Parteikollege und Vizekanzler hat in seinem Haus einen der beamteten Staatssekretäre, der für den Bundesvorstand der Grünen kandidiert hat, durch einen neuen Staatssekretär für die verbleibende Legislatur ersetzt. Und als wäre es damit nicht schon genug, hat die aus SPD und Grünen verbliebene Bundesregierung einen Änderungsvorschlag für die Bundeslaufbahnverordnung vorgelegt, der solche parteipolitischen Leitungsbesetzungsspielchen auch noch legitimieren soll. Wir als vbob, aber auch unsere Partnergewerkschaften aus dem dbb beamtenbund und tarifunion, haben dem zuständigen Bundesministerium des Inneren geschlossen widersprochen, auf staatliche Willkür durch Parteiinteressen verwiesen und den Kampf dagegen angekündigt. Noch im Dezember ist nach unserer Kenntnis beabsichtigt, den bislang abschließenden Katalog für die Ausnahme von der Ausschreibungspflicht bei der Besetzung öffentlicher Ämter durch Einfügung des Wortes „insbesondere“ vor dem Katalog in § 4 BLV aufzugeben und dies im grünen Kabinettsrat zu verabschieden. Wir halten das nicht nur für einen regelrechten Skandal und eine erneute Unterwanderung verfassungsgemäßer Vorgaben, sondern nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichtes und dem Alimentationsurteil des Bundesverfassungsgerichtes nun also für einen weiteren Verfassungsbruch einer Bundesregierung.

Der freie Zugang zu öffentlichen Ämtern beinhaltet auch für in regierender Verantwortung befindliche Parteien die Beachtung geltender Regeln und der durchzuführenden, notwendigen Auswahlentscheidung nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung in einem Ausschreibungsverfahren. Es muss jetzt erst recht Schluss sein mit einer willkürlichen Einstellung von Vertrauten auf Steuerzahlers Kosten, nach eigenem Gusto und gegen die zu vertretenden Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Als Gewerkschaft Bundesbeschäftigte setzen wir uns für den Erhalt unserer Bundesverwaltung nach Recht und Gesetz ein. In dieser oben beschriebenen Lage eine solche Handlungsweise an den Tag zu legen, zeigt, wie dringend notwendig auch die Gewerkschaft vbob gebraucht wird, um der Beliebigkeit politischen Handelns zulasten der Grundwerte unserer Verwaltung entgegenzutreten.

Ich wünsche Ihnen im Namen des Bundesvorstandes ein friedliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2025. Bleiben Sie dem vbob verbunden, die bevorstehende Zeit braucht die Kraft und Stärke von uns allen in dieser Solidargemeinschaft!

Ihr

Frank Gehlen  
Bundesvorsitzender

## > Inhalt

> vbob Bundeshauptvorstand: Virtuell und zukunftsorientiert	4
> Anpassung der Mitgliedsbeiträge zum 1. Januar 2025	6
> Leserbefragung: vbob Magazin und Öffentlichkeitsarbeit – 2024	7
> Kommentierte Pressestimmen	10
> Der vbob trauert: Nachruf Dr. Dieter Albrand	12
> Fachgruppe Bundestag/Bundesrat formiert sich neu: „Gemeinsam haben wir viel vor!“	12

## > dbb

> In eigener Sache – Bundestagswahl: Wir werden uns einmischen!	13
> Nachrichten – Anhörung zum SGB-III-Modernisierungsgesetz: Wichtiger Schritt zu flexibler und digitaler Arbeitsberatung	14
> Tarifpolitik – Beschäftigte von Bund und Kommunen: Eine antiquierte Arbeitswelt passt nicht zu modernen Lebensentwürfen	15
> Europäischer Abend – USA und Europa: Perspektiven und deutsche Verantwortung	16
> Interview – Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin	20
> Staat und Gesellschaft – Gemeinnütziges Engagement: Als Wahlhelfer im Einsatz für die Demokratie	22
> Dossier Ehrenamt – Freiwillige: Wenn Bürger Staat machen	24
> Meinung – Ehrenamt braucht Unterstützung: Warum ein funktionierender Staat essenziell ist	27
> Gesundheitspolitik – Pflegeversicherung: System unter Druck	28
> Frauen – Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung: New Work und politische Beben	33
> Dossier Ehrenamt – Im Gespräch: Katarina Peranić – Das Ehrenamt leidet unter Bürokratie	42
> Sozialversicherung – Selbstverwaltertag von dbb und GdS: Mehr Selbstbewusstsein für die Selbstverwaltung	44

## > Impressum

**Herausgeber des vbob Magazins:** Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Titelfoto:** © vegefox.com/stock.adobe.com.

**Herausgeber der dbb Seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 52,50 Euro zzgl. 9,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,00 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 65 (dbb magazin) und Preisliste 44 (vbob Magazin),** gültig ab 1.1.2024. **Druckauflage dbb magazin:** 551913 (IVW 3/2024). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



# vbob Bundeshauptvorstand Virtuell und zukunftsorientiert

Zugeschaltet aus ganz Deutschland waren die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes aus Anlass der 5. Tagung des höchsten Gremiums zwischen den Gewerkschaftstagen. Aus der Bundesgeschäftsstelle in Bonn moderierte Bundesvorsitzender Frank Gehlen die fünfstündige Videositzung mit Unterstützung der Bundesfrauenvertreterin Anna Diegeler-Mai.

Frank Gehlen begrüßte das Gremium und bat gleich zu Beginn um eine Schweigeminute für unsere verstorbenen Funktionsträger. Dr. Dieter Albrand, ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender, langjähriger Verbandsjustiziar und Ehrenmitglied des vbob, verstarb am 12. November 2024. Gert Gaida, langjähriger Vorsitzender der Fachgruppe Bundesnachrichtendienst und Ehrenvorsitzender der Fachgruppe, verstarb am 21. Oktober 2024.

Mit Einstieg in die Tagesordnung stellte Frank Gehlen dem Gremium zu Beginn die wesentlichen Inhalte aus dem Lagebericht des Bundesvorstandes vor. Hervorzuheben waren

die Entwicklungen zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur sogenannten amtsangemessenen Alimentation, weitere Beteiligungsverfahren sowie die Stellungnahmen des vbob zu einzelnen daraus folgenden Gesetzen und Verordnungen.

Der Bundesvorstand hat zu den Themenbereichen Dienstrecht und Bundespersonalvertretungsrecht Positionspapiere erarbeitet, die dem Bundeshauptvorstand vorgelegt wurden. Auf Basis dieser Positionspapiere werden den Parteien zur Bundestagswahl 2025 entsprechende Informationen und Vorstellungen des vbob übermittelt werden.





© Andrey Popov/stock.adobe.com

Bundesjugendvertreter Morris Hültner verkündete dem Gremium seinen beruflich bedingten Rücktritt von der Funktion, bedankte sich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Bundesvorstandes sowie den Mitgliedern des Bundeshauptvorstandes für die Unterstützung und wurde mit dem Bedauern und dem Dank des Bundeshauptvorstandes, des Bundesvorstandes sowie des Bundesvorsitzenden verabschiedet. In seiner Behörde hat Morris Hültner die Leitung eines Projektes übernommen, welches ihm ein weiteres ehrenamtliches Engagement aus zeitlichen Gründen unmöglich macht.

Die Diskussion über die Möglichkeiten, im Ehrenamt für den vbob nebenberuflich Funktionen zu bekleiden, wird Teil einer Diskussion über die Zukunft des vbob sein. Die eigens durch den Bundeshauptvorstand gegründete Arbeitsgruppe „Zukunft des vbob“ hat auch unter anderem diese Fragestellungen zu beleuchten und den Gremien des vbob Vorschläge zu entwickeln.

Erfolgreich verlaufen ist auch das Engagement des vbob im Hinblick auf die Eingruppierung der Beschäftigten im Bereich Besoldungsberechnung im Bundesverwaltungsamt,

deren Eingruppierung im Ergebnis der Tarifpflegegespräche nunmehr bis E 9 möglich ist.

Über die Tarifrunde beziehungsweise die Durchführung der Verhandlungen zur Tarif-



© vegefox.com/stock.adobe.com

runde herrscht derzeit noch Unklarheit im Hinblick auf die bundesseitige Verhandlungsführung. Hierzu werden zu einem späteren Zeitpunkt noch Informationen gegeben. Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Tarifexperte Ludwig Hofmann informierte über den bisherigen Ablauf der anstehenden Tarifrunde.

und mit welchen Vorstellungen wir künftige Informationen mithilfe eines Mediums MitgliederMagazin transportieren wollen. Alle Mitglieder des vbob sind herzlich aufgerufen, sich an einer Onlinebefragung zur Zukunft des MitgliederMagazins zu beteiligen. Diese wurde von der „AG Ö“ (Öffentlichkeitsarbeit des

Neben den wichtigen und notwendigen Haushaltsinformationen durch den Bundesschatzmeister Dirk Rörig sowie dem Bericht der beteiligten Rechnungsprüfer wurde sich intensiv über die Frage der durchgeführten Personalratswahlen unterhalten. Dabei konnten die Teilnehmenden Erfahrungen untereinander austauschen und ebenfalls Vorschläge für eventuelle Ergänzungen, Veränderungen und die gewünschte Unterstützung durch den Bundesvorstand sowie die Büros äußern.

Aus den Arbeitsgruppen wurden Berichte vorgetragen. Ein wesentlicher Bericht musste krankheitsbedingt leider ausfallen, da die Vorsitzende der AG Öffentlichkeitsarbeit, Bianca Stoffer, kurzfristig absagen musste. Entscheidend, und das ist auch Bestandteil dieser Ausgabe, ist die Frage, inwieweit

vbob) entwickelt und vom Bundesvorstand zur Durchführung freigegeben. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung werden Einfluss auf die Frage haben, wie der Bundesvorstand die Planung für das MitgliederMagazin vorantreiben soll.

Über die Frage der Rechtsschutzgewährung durch den dbb sowie die mögliche Vorabunterstützung durch die Fachgruppenvorstände wurde ebenso diskutiert. Hintergrund ist die Erfahrung, dass Mitglieder oftmals Beratungswünsche an den vbob über das Rechtsschutzformular stellen und die dadurch zusätzlich entstehende Belastung für den ehrenamtlichen Rechtsschutzbeauftragten wünschenswerterweise zu reduzieren sein könnte, wenn entweder Fragestellungen gleich im Fachgruppenvorstand behandelt werden könnten oder aber auf dem

Wege an die Büros des vbob zur Beratung an ein Mitglied des Bundesvorstandes gesteuert werden.

Abschließend wurde die Terminplanung für das nächste Jahr verabschiedet und gegen 14.15 Uhr die Sitzung beendet.

fg



# Anpassung der Mitgliedsbeiträge zum 1. Januar 2025

Liebe Mitglieder,

als Bundesschatzmeister des vbob ist es mir ein großes Anliegen, stets auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben unserer Gewerkschaft zu achten. Unsere von Sparsamkeit geprägte Organisationsstruktur mit einem großen Umfang an ehrenamtlichen Tätigkeiten spiegelt sich in unseren fairen Mitgliedsbeiträgen wider. Es ist uns trotz der allgemeinen Preissteigerungen gelungen, unsere Beiträge über fünf Jahre stabil zu halten und nicht zu erhöhen.

Die Mitgliedsbeiträge sind die einzige Einnahmequelle unseres Vereins. Um auch in Zukunft die Vertretung Ihrer Interessen aufrechterhalten zu können, werden aber auch wir unsere Mitgliedsbeiträge anpassen müssen. Hierzu hat der Bundeshauptvorstand nach eingehender Diskussion dem Gewerkschaftstag Ende 2021 empfohlen, eine Beitragsanpassung zum 1. Januar 2025 zu beschließen. Der Bundesvertretertag ist diesem Antrag im Juni 2022 gefolgt.

Auch nach dieser Beitragsanpassung bewegen sich die Beiträge noch immer deutlich unter dem Durchschnitt vergleichbarer Verbände und Gewerkschaften. Wir haben uns dafür entschieden, die Beiträge zu erhöhen und nicht unsere Leistungen einzuschränken!

„Nähe ist unsere Stärke“ ist unser Motto, ein Leitmotiv unserer Arbeit, das wir konsequent beherzigen. Unter diesem Leitgedanken steht die Verwendung Ihrer Mitgliedsbeiträge:

- > Wir wollen nah bei den Mitgliedern und ihren Bedürfnissen sein. Um dies zu erreichen, wird Ihre Betreuung behörden- und ortsnah in 50 Fachgruppen durchgeführt. Hierfür bekommen die Vorstände vor Ort einen festen Anteil der Mitgliedsbeiträge.
- > Wir helfen bei der Organisation von Personalratswahlen und unterstützen unsere Mitglieder bei der Vertretung Ihrer Interessen vor der Ort.
- > Wir führen für unsere Mitglieder Seminare durch, vor allem im Personalvertretungsrecht. Wir sorgen für geschulte und kompetente Personalvertreter/innen, auch in Ihrer Behörde.
- > Wir verwenden einen Teil Ihrer Mitgliedsbeiträge für Ihre Sicherheit. Dafür haben wir für alle Mitglieder eine Freizeitunfallversicherung und eine Diensthaftpflichtversicherung abgeschlossen. Auch bei der Nutzung von Dienstwagen sind Sie bei unserer Versicherung abgesichert.
- > Notfall? Sie brauchen eine beruflich bedingte Rechtsberatung oder sogar Rechtsschutz? Ja, gemeinsam mit unserem Dachverband dbb sind wir in der Lage, in den allermeisten Fällen zu helfen.
- > Wir informieren unsere Mitglieder über gewerkschaftliche Themen in unserem vbob Magazin.
- > Der vbob sitzt als Gewerkschaft Bundesbeschäftigte bei Tarifverhandlungen mit am Tisch und organisiert oder beteiligt sich an notwendigen Streikmaßnahmen.

Bei den Verhandlungen 2020 und 2023 konnten wir (gemeinsam mit unseren Partnern) für die Beschäftigten

deutliche Tarifsteigerungen erstreiten. In 2020 war es eine Tarifierhöhung von 3,2 Prozent (in zwei Tranchen), 2023 waren es durchschnittlich etwa 11 Prozent Einkommenssteigerung (200 Euro + 5,5 Prozent – mind. 340 Euro).

Auch in der aktuellen Tarifrunde werden Erhöhungen der Einkommen durch die Gewerkschaften verhandelt. Die Forderungen zu dieser Runde in einer Gesamthöhe von 8 Prozent und deren Zusammensetzung liegen Ihnen bereits vor. Alle Mitglieder, deren Beiträge von den Bezügen einbehalten werden, sowie alle, die dem Lastschriftzugsverfahren zugestimmt haben, brauchen nichts zu unternehmen. Alle anderen bitten wir, die Daueraufträge

beziehungsweise die Überweisungen der neuen Beitragsordnung anzupassen. Wir bitten um Verständnis für diese maßvolle Erhöhung. Die periodische Angleichung der Vereinsbeiträge sichert dem vbob die finanzielle Basis und gewährleistet die Kontinuität unserer Gewerkschaftsarbeit. Nach unseren Berechnungen bedarf es aller Wahrscheinlichkeit nach bis zum Jahre 2030 keiner weiteren Erhöhung.

Liebe Mitglieder, wir danken Ihnen für Ihr Verständnis, wünschen Ihnen eine friedvolle Advents- und Weihnachtszeit sowie für das Jahr 2025 alles Gute, insbesondere natürlich Gesundheit!

*Dirk Rörig,  
Bundesschatzmeister*

## > Beitragsanpassungen zum 1. Januar 2025

### Übersicht in Zahlen

Nach der Beitragsanpassung beträgt der monatliche vbob Mitgliedsbeitrag ab dem 1. Januar 2025:

Beitragsklasse	Status der Mitglieder	neuer Beitrag	Erhöhung
Klasse 0	Anwärter und Auszubildende	2,00 €	0,35 €
Klasse 1	A 1 bis A 5, EG 1 bis EG 4	8,30 €	1,00 €
Klasse 2	A 6 bis A 9 Z, EG 5 bis EG 9	11,20 €	1,50 €
Klasse 3	A 10 bis A 13, EG 10 bis EG 13	15,00 €	2,20 €
Klasse 4	A 14 bis B 2, EG 14 bis EG 15 Ü	17,60 €	3,00 €
Klasse 5	B 3 und höher, außertariflich Beschäftigte	21,00 €	4,60 €

### Anmerkungen:

- > Während des Mutterschutzes sowie während der Elternzeit ruht die Beitragszahlungspflicht.
- > Anwärter und Auszubildende sind während des ersten Jahres ihrer Mitgliedschaft beitragsfrei.
- > Teilzeitbeschäftigte bis 50 Prozent der regelmäßigen Arbeitszeit sowie Ruheständlerinnen und Ruheständler haben den Beitrag der nächst niedrigeren Beitragsklasse – mindestens jedoch den der Beitragsklasse 1 – zu zahlen.

# Leserbefragung

## vbob Magazin und Öffentlichkeitsarbeit – 2024

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das vbob Magazin ist unser Sprachrohr und informiert Sie regelmäßig über alle wichtigen Entwicklungen in unserer Gewerkschaft. Um das Magazin noch besser auf Ihre Bedürfnisse abzustimmen und Ihnen in Zukunft noch relevantere Inhalte zu bieten, möchten wir Sie herzlich zu unserer Lesenumfrage einladen. Ihre Meinung ist uns wichtig!

Wir sind gespannt auf Ihre Anregungen und Vorschläge, wie wir das vbob Magazin weiterentwickeln können. Nehmen Sie sich kurz Zeit, um an unserer Umfrage teilzunehmen. Ihre Antworten helfen uns dabei, das Magazin noch informativer, interessanter und nutzbringender für Sie zu gestalten.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Wir sind für Ihre Mitarbeit am Informationsangebot des vbob dankbar, das aktuell durch Beiträge aus den Fachgruppen und Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler entsteht. Bei Rückfragen oder Anmerkungen, auch über diese Umfrage hinaus, steht Ihnen das Team Öffentlichkeitsarbeit gerne unter [vbob@vbob.de](mailto:vbob@vbob.de) zur Verfügung.

Gerne können Sie auch an der  
**Online-Umfrage**  
teilnehmen:  
[www.umfrageonline.com/c/bwdg9tijt](http://www.umfrageonline.com/c/bwdg9tijt).



Oder Sie trennen die Seiten aus dem Heft und schicken diese per Fax 0228.9579654 oder per Post an:  
vbob Bundesgeschäftsstelle, Dreizehnmorgenweg 36,  
53175 Bonn

### Halten Sie das aktuelle vbob Magazin als Informationsmedium für sinnvoll?

- Ja  
 Nein

(gegebenenfalls) Begründung:

---



---

### Welche Themen/Artikel interessieren Sie im vbob Magazin am meisten?

Sie können mehrere Optionen auswählen.

- Beamtenpolitik  
 Tarifpolitik  
 Kommentierte Pressestimmen  
 Frauen  
 Jugend  
 Ruhestand  
 Berichte aus den Fachgruppen  
 Berichte über Veranstaltungen et cetera  
 „Im Dialog mit ...“  
 Angebote unserer Partner  
 Andere:

---



---





## Welche Themen mit gewerkschaftlichem Bezug vermissen Sie im vbob Magazin?

---

---

## Wie häufig lesen Sie das vbob Magazin oder blättern es durch, egal ob zu Hause oder im Büro?

- Lese ich regelmäßig, alle zehn Hefte
- Lese ich häufig, wenn auch nicht alle zehn Hefte
- Lese ich gelegentlich
- Lese ich nur selten, höchstens ein oder zwei Hefte
- Habe ich in den letzten zwölf Monaten nicht gelesen, nicht durchgeblättert

## In welcher Form lesen Sie das vbob Magazin?

- als Printausgabe
- als E-Paper
- Ich lese das vbob Magazin nicht

## Wie möchten Sie künftig über die Arbeit des vbob informiert werden?

- Homepage
- Print-Zeitschrift
- E-Paper
- Newsletter
- Ich wünsche ein anderes Informationsmedium:

---

---

## Haben Sie Interesse am dbb Teil im vbob Magazin (ab S. 13 ff.)?

- Ja
- Nein



## Haben Sie Wünsche/Anregungen hinsichtlich des vbob Informationsangebotes?

---



---

### Sind Sie ...?

- Angestellte/Angestellter
- Beamtin/Beamter
- Pensionärin/Pensionär
- Rentnerin/Rentner

### Zu welcher Altersgruppe gehören Sie?

- 18–24 Jahre
- 25–34 Jahre
- 35–44 Jahre
- 45–54 Jahre
- 55–64 Jahre
- 65 Jahre und älter

**Hinweis:** Sie können anonymisiert an dieser Befragung teilnehmen. Sie nehmen dann allerdings nicht an der Verlosung teil.  
(Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.)

Mitgliedsnummer: \_\_\_\_\_ (optional)\*

Name, Vorname: \_\_\_\_\_ \*

Kontaktmöglichkeit für den Gewinnfall (E-Mail, Telefon): \_\_\_\_\_ \*

\* Die Daten werden ausschließlich zur Durchführung und für die Verlosung im Zusammenhang mit der Leserbefragung verarbeitet.

**Vielen Dank für Ihre Teilnahme!**



# Kommentierte Pressestimmen

Acht Prozent mehr Einkommen – beziehungsweise eine Erhöhung um mindestens 350 Euro – sowie zusätzlich drei freie Tage und ein weiterer freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder, eine Flexibilisierung der Arbeitszeit durch „ein innovatives Arbeitszeitkonto“ und eine Erhöhung des Auszubildendenentgeltes um monatlich 200 Euro: So haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihr Postulat an Bund und Kommunen im Detail formuliert.

Im Januar 2025 beginnen die Verhandlungen für die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst.

„Wir wissen, dass die Forderungen ambitioniert sind. Aber sie sind keineswegs zu hoch und messen sich an dem, was eine zukunftsfähige Verwaltung braucht“, stellte Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion (dbb), klar. Die Bürgerinnen und Bürger bekämen bereits jetzt die Mangelerscheinungen eines nicht mehr funktionierenden öffentlichen Dienstes zu spüren. „Das führt zu Vertrauensverlust und ist aus unserer Sicht demokratiefährdend“, so Silberbach weiter. Aktuell fehlten bundesweit mehr als 500 000 Stellen, viele Kollegen litten daher an Überlastung.

## Angemessene Bundesbesoldung nicht gegeben

Jedem Beamten ist im Zusammenhang mit seiner Verpflichtung für den Arbeitgeber eine angemessene Besoldung zu garantieren. Bund und Länder erfüllten diese grundlegende

Voraussetzung bei der Besoldung jedoch lange nicht. Sie haben erst über die letzten Jahre Anpassungen vorgenommen und so das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten in diesen Punkten gefährdet.

Viele Länder greifen bei ihren nunmehr in Kraft tretenden Lösungen dabei vermehrt auf einen alimentativen (Familien-) Ergänzungszuschlag (AEZ) zurück, der entgegen der bisher zum Beispiel vom Bund in der Besoldung angenommenen Alleinverdienerehe steht. Dabei wird davon ausgegangen, dass auch die Ehepartner der Beschäftigten ein Einkommen in den Haushalt einbringen. Besonders das Abweichen des Bundes von dieser Berechnungsgrundlage wird vom Deutschen Beamtenbund (dbb) und vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als Methode kritisiert.

## Nachzügler statt Vorreiter

Der Bund nimmt sogar als letzter Akteur eine Anpassung der „gesetzwidrigen Zustände“ vor. Laut dbb Stellungnahme

zum Referentenentwurf hat der Bund durch sein Verhalten dabei seine langjährige Vorreiterrolle bei der Besoldungsgesetzgebung aufgegeben. Auch habe der Bund die zusätzliche Zeit nicht einmal dafür genutzt, eine eigenständige Weiterentwicklung der Besoldungsgesetze vorzunehmen. Stattdessen greife er auf ein durch die Länder entwickeltes Modell zurück, um der Mindestbesoldung zu entsprechen. Dabei ist die Neuregelung der Bundesbesoldung unter anderem aus Sicht des dbb bedenklich und intransparent.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach kommentierte die Neuregelung wie folgt: „Mit einer sinnvollen, sachgerechten und wertschätzenden Weiterentwicklung der Besoldung hat das jedenfalls nichts zu tun. Die Kolleginnen und Kollegen werden stattdessen vor den Kopf gestoßen und der Bund wird es zukünftig noch schwerer als bisher haben, die besten Nachwuchs- und Fachkräfte zu gewinnen beziehungsweise zu halten.“ Er bemängelt weiter, dass sich die vom Bund vorgelegten Anpassungen auf veraltete Zahlen beriefen, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes nicht richtig wiedergäben und den aktuellen Situationen vieler Haushalte nicht entsprächen. So sei zum Beispiel nicht berücksichtigt worden, dass der Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung nicht flächendeckend gegeben sei und so eine zusätzliche Belastung für die Eltern entstehe, die nicht kompensiert werde. Generell wird in dem Entwurf eine erneute Pauscha-

lisierung der Familiensituation vorgenommen, die Beamten zum Nachteil gereichen kann.

Wenn dann noch veraltete Daten verwendet werden, kann ein Gehalt 15 Prozent über der Grundsicherung nicht garantiert werden. So führt der DGB etwa in seiner Stellungnahme auf, dass der Entwurf auf Daten des Einkommens und Verbraucherpreisstichprobe von 2018 zurückgreife. Damit seien Ereignisse wie die Preissteigerungen während der Energiekrise nicht berücksichtigt. Durch diese und weitere Versäumnisse liege der nach Gesetzesentwurf erhobene Betrag des Grundsicherungsniveaus 400 bis 500 Euro unter den Berechnungen nach einer der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes entsprechenden Bemessung des Grundsicherungsniveaus.

## Abstandsgebote

Ein weiteres Problem sieht der dbb in der Anhebung der unteren Besoldungsgruppen. Dies war nötig, damit die Gehälter die angestrebten 15 Prozent über dem Grundsicherungsniveau liegen. Denn auf eine Anpassung in den unteren Besoldungsgruppen muss auch eine Anpassung der oberen folgen. Der zweite dbb Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Waldemar Dombrowski, erklärt: „Eine Erhöhung, auch der weiteren Besoldungsgruppen, wäre die zwingende Konsequenz gewesen, weil natürlich auch zwischen den Besoldungsgruppen das Abstandsgebot gilt.“

lb





## Nachruf Dr. Dieter Albrand

Im Alter von 85 Jahren verstarb am 12. November 2024 unser langjähriges Ehrenmitglied und ehemaliger Verbandsjustiziar Dr. Dieter Albrand.

Für seine großen Verdienste um unsere Gewerkschaft wurde er 2014 vom vbob Bundesvertretertag zum Ehrenmitglied ernannt.

Dr. Dieter Albrand war Mitglied des vbob seit dem 1. April 1977 und Träger der goldenen Ehrennadel des vbob. Von 1979 bis 1995 hat er der vbob Gewerk-

schaft Bundesbeschäftigte als Verbandsjustiziar und stellvertretender Bundesvorsitzender zur Seite gestanden. Von 1979 bis 1995 war er stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Bundesrechnungshof.

Er bleibt uns als engagierter Verbandsjustiziar in Erinne-

rung, der nicht nur seine Zuhörerschaft bei eigenem Vortrag in den Bann ziehen konnte, sondern in der Lage war, auch komplexe Sachverhalte allgemeinverständlich und mit dem notwendigen Schuss Humor zu vermitteln. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

*Der Bundesvorstand*

Aus den Fachgruppen  
Fachgruppe Bundestag/Bundesrat formiert sich neu

## „Gemeinsam haben wir viel vor!“

Am 6. November hat sich der Bundesvorsitzende Frank Gehlen zum ersten Mal mit dem neu gewählten Fachgruppenvorstand der Fachgruppe 01 Bundestag/Bundesrat getroffen. Bei dem Vorstandstreffen stand vor allem im Vordergrund, wie sich die Fachgruppe künftig inhaltlich und strategisch positioniert und welche Projekte sie als Erstes vorantreiben will.

Mit der Neuwahl des Vorstandes im Juli dieses Jahres wurden zuvor offene Rechts- und Zuständigkeitsfragen endgültig geklärt. Seitdem ist die Fachgruppe im Aufwuchs und hat als eines der primären Ziele ausgegeben, wieder die Mehrheit im Personalrat bei der Verwaltung des Deutschen Bundestages zu erlangen. Mit dem Bundesvorsitzenden konnte der FG-Vorstand nun über geplante

Geschäftsordnungen für die Fachgruppe diskutieren und gemeinsam Projekte und die weitere Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand abstimmen.

Frank Gehlen machte dabei deutlich, dass die Ziele und Handlungen der Fachgruppen auch wechselseitigen Eingang in die Arbeit des Bundesvorstandes hätten. Insgesamt sei die Zukunfts- und Strategie-

planung des vbob daher auch maßgeblich vom Input der Fachgruppen abhängig. Der Bundesvorsitzende lobte im Anschluss des Treffens die neue Geschlossenheit des Vorstandes und das Selbstverständnis, mit dem der Vorstand die Fachgruppe leiten will: „Ich spüre hier einen Geist des Aufbruchs und schätze die Kreativität bei den Ideen und Konzepten zur stärkeren Sichtbarkeit und vor allem zur Werbung von neuen Mitgliedern – insbesondere, was den Nachwuchs betrifft.“

Der Vorstand hat einen Jugendbeauftragten ernannt und will in Zukunft Gesprächsrunden starten mit hochkarätigen Gästen aus Politik und der Bundesverwaltung – was durch die Nähe und Kontakte zum Parla-

ment besondere Chancen bietet. Es soll Stammtische geben, Sprechstunden, regelmäßige Publikationen, Videos und vieles mehr. Auch die Kooperation mit den Mitgliedern beim Bundestag wird intensiviert.

Beate Hesterberg und Alexander Hein, die beiden Vorsitzenden der Fachgruppe, bekräftigen: „Wir freuen uns, dass Herr Gehlen bei uns zum Austausch war und uns die Unterstützung des Bundesvorstandes bei unserer künftigen Zusammenarbeit versichert hat. Wir haben viel vor. Gerade in diesen Zeiten ist es uns wichtig, als Gewerkschaft für die Beschäftigten ansprechbar und nahbar zu sein. Dazu will unsere Fachgruppe einen starken und sichtbaren Beitrag leisten.“

*A. Linden*



## Bundestagswahl

# Wir werden uns einmischen!

Im Wahlkampf zur vorgezogenen Bundestagswahl sollte die Politik die Sorgen des öffentlichen Dienstes ernst nehmen. dbb Chef Ulrich Silberbach ruft dazu auf, aktiv zu werden.

Die Ampel ist Geschichte. Selbst unter ihren wenigen noch verbliebenen Fans ist dieser Tage so etwas wie Erleichterung zu spüren. Denn jenseits parteipolitischer Präferenzen muss man feststellen: Es herrschte am Ende in erster Linie nur noch hektischer Stillstand. Zu viele Themen sind unerledigt geblieben, das Vertrauen der Menschen in Politik und Staat hat merklich gelitten. Die Beschäftigten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes spüren das sehr direkt: wenn sie im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern feststellen, dass einige immer skeptischer und/oder aggressiver auftreten. Der schlechte Zustand unserer politischen Kultur ist längst keine Stilfrage mehr, er bedroht Demokratie und Gesellschaft.



Ulrich Silberbach

Der Zauber des (Neu-)Anfangs wird sich jedoch nicht von selbst einstellen. Auch wenn das Parlament neu gewählt und eine Regierung gebildet ist, verschwinden unsere Probleme nicht: Die Brücken im Land werden weiter bröckeln, wir werden bei der Digitalisierung weiter europäischen Standards hinterherhecheln und es wird vor allem weiterhin an der Einsicht fehlen, dass unser Gemeinwesen von einem funktionierenden öffentlichen Dienst lebt. Ein öffentlicher Dienst, der in die Lage versetzt wird, seine anspruchsvollen und ständig wachsenden Aufgaben vernünftig zu erfüllen.

Das mag in den Ohren genervter Haushälter nach unvermeidlichem Gewerkschaftsgemecker klingen. Wer jedoch die Nachrichten eines beliebigen Tages zur Kenntnis nimmt, stellt fest: Eine Vielzahl an Problemen ist tatsächlich nur mit einem funktionsfähigen öffentlichen Dienst zu lösen – und nicht mit einer Daseinsvorsorge im permanenten Notdienstmodus. Das gilt für die innere Sicherheit genauso wie für Bildung, sozialen Frieden und Infrastruktur.

Im kurzen Wahlkampf werden viele Versprechen gemacht werden. Sie werden in der Praxis nur zu halten sein, wenn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in die Lage versetzt werden, die (seit Jahren wachsenden) politischen Vorgaben um-

zusetzen. Dass das angesichts der Alterspyramide im öffentlichen Dienst perspektivische Vorarbeiten braucht, wird im Wahlkampf jedoch keine Rolle spielen. Deshalb werden wir uns einmischen – und uns nicht mit Lippenbekenntnissen zufriedengeben!

Die Anliegen des öffentlichen Dienstes müssen Eingang in die Wahlprogramme finden und – wichtiger noch – ins Koalitionsprogramm der künftigen Regierungskoalition. Jetzt muss für alle das Land an erster Stelle stehen, nicht persönliche oder parteipolitische Befindlichkeiten. Von der nächsten Bundesregierung erwarte ich volle Konzentration auf das Wesentliche: Dazu gehören Investitionen in die und ein klares Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir artikulieren unsere Kritik gegenüber der Politik. Die Parteien müssen die Unzufriedenheit der Beschäftigten mit der gegenwärtigen Situation und ihre Erwartungen ernst nehmen. dbb Mitglieder können direkt Einfluss nehmen: Gehen Sie auf die Wahlwerbenden in den Städten und Gemeinden zu! Stellen Sie kritische Fragen nach der Zukunft des öffentlichen Dienstes und des Berufsbeamtentums! Lassen Sie sich die Konzepte der Parteien für den öffentlichen Dienst erläutern! Fordern Sie politische Unterstützung ein!

*Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb*

Anhörung zum SGB-III-Modernisierungsgesetz

# Wichtiger Schritt zu flexibler und digitaler Arbeitsberatung

Die Bundesregierung will die Arbeitsförderung mit einer Reform des Dritten Sozialgesetzbuchs (SGB III) effizienter und unbürokratischer gestalten. dbb Vize Waldemar Dombrowski hat dazu am 5. November 2024 auf einer Anhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales in Berlin als Sachverständiger Stellung genommen.

**D**ombrowski sieht den Gesetzesentwurf auf dem richtigen Weg: „Der Fachkräftemangel ist mittlerweile auf dem gesamten Arbeitsmarkt angekommen und betrifft den öffentlichen Dienst genauso wie die Privatwirtschaft. Deshalb begrüßen wir jede Initiative, die Beratungs- und Vermittlungsprozesse flexibler zu gestalten – und zwar sowohl für die Beschäftigten vor Ort als auch für die Menschen, die einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchen“, sagte er im Anschluss an die Anhörung. Der dbb hatte zuvor in einer schriftlichen Stellungnahme diverse Regelungen begrüßt, einzelne aber auch für kritisch befunden.

## Beratungsgespräche auch digital

„Es gilt anzuerkennen, dass die Bundesagentur für Arbeit das Onlinezugangsgesetz bereits umgesetzt hat und den Weg der Digitalisierung seit mehreren Jahren erfolgreich beschreitet. Über 70 Dienstleistungen werden mittlerweile elektronisch angeboten“, hob Dombrowski hervor. Der zweite Vorsitzende des dbb kennt als ehemaliger Bundesvorsitzender des vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales die Tücken in der Praxis vor Ort und weiß, wo es noch klemmt.

Beratungsgespräche müssten nicht zwingend in Präsenz stattfinden, erklärte Dombrowski. Es müsse aber der notwendige Qualitätsanspruch gewahrt werden: „Wir gehen davon aus, dass Erstgespräche im Regelfall persönlich geführt werden sollten, um dem ganzheitlichen und zugleich individuellen Beratungsansatz gerecht zu werden.“ Zugleich betonte er, dass für Beratungsgespräche in digitaler Form das gleiche Zeitvolumen wie bei Präsenzberatungen anzusetzen ist. „Der besondere Fokus, den das Gesetz auf junge Menschen mit zum Teil multiplen Vermittlungshemmnissen richtet, ist richtig“, machte Dombrowski in der An-



hörung deutlich. „Die weitere Stärkung der Jugendberufsagenturen beziehungsweise der Netzwerkarbeit ist ein wichtiger Schritt, um alle beteiligten Akteure in den Integrationsprozess einzubeziehen. So wird auch verhindert, dass Jugendliche zwischen den Beratungsinstanzen verloren gehen.“

## Knackpunkte Personal und Kooperation

Regelmäßig gehen Politiker auf Reisen, um ausländische Fachkräfte anzuwerben. „Dahinter steckt eine wichtige Intention. Allerdings gestaltet sich die Anerkennung von Bildungs- und Berufs-

abschlüssen, besonders aus Drittstaaten, immer noch bürokratisch und langwierig“, kritisierte Dombrowski. Nun werde, wie vom dbb gefordert, die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung verstetigt, um ausländische Fachkräfte besser in die Arbeit navigieren zu können. „Wir begrüßen ausdrücklich, dass diese komplexe Beratungsleistung in die Arbeit der Agenturen für Arbeit eingebunden wird. Allerdings ist dafür dauerhaft die erforderliche Personalausstattung sicherzustellen.“



Waldemar Dombrowski (rechts) vertritt die Interessen des dbb im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales.

Kritisch sieht Dombrowski zudem die fehlende Verbindlichkeit eines Kooperationsplans, der in das SGB III einfließen soll, „weil sonst der bewährte Grundsatz des Förderns und Forderns aus der Balance gerät“. Klar kommunizierte Spielregeln von Beginn an seien fair und fördern ein vertrauensvolles Miteinander. „Sie treiben keinesfalls einen Keil zwischen Beratende und Arbeitssuchende, wie dies leider gelegentlich suggeriert wird“, stellte der dbb Vize klar. ■

Beschäftigte von Bund und Kommunen

# Eine antiquierte Arbeitswelt passt nicht zu modernen Lebensentwürfen

Außer Einkommensforderungen steht die Arbeitszeit der Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen im Fokus der Einkommensrunde 2025. dbb Tarifchef Volker Geyer erklärt, warum das Thema bewegt.

Im Forderungspapier an die Arbeitgeber von Bund und Kommunen, das mit der Einkommensforderung am 9. Oktober 2024 vorgelegt worden ist, haben die Gewerkschaften dem Thema Arbeitszeit viel Raum gegeben. „Die Vorgeschichte dazu ist länger, als man meinen könnte“, sagt Geyer. Fachgewerkschaften und Gremien haben das Thema schon vor der Coronapandemie intensiv und facettenreich diskutiert. In besonders belasteten Teilbereichen des öffentlichen Dienstes seien bereits erste Arbeitszeitaspekte verhandelt und tarifiert worden. „Corona und Inflation haben das Thema dann zwischenzeitlich in den Hintergrund gedrängt, weil die explodierenden Verbraucherpreise uns alle zu einer anderen Prioritätensetzung gezwungen haben. Aber das Thema war nie wirklich verschwunden und zum Beispiel auf unseren Regionalkonferenzen zur Vorbereitung der Einkommensrunde dann wieder ein viel diskutierter Aspekt.“

Grundsätzlich steht für den dbb die lineare Forderung im Zentrum der Einkommensrunde. Die vielfältige Diskussion über Arbeitszeit, die aus der Vielfalt der Berufsbilder der im dbb organisierten Gewerkschaften resultiert, hat gezeigt, wie unterschiedliche Berufsrealitäten zu unterschiedlichen Arbeitszeitwünschen führen. „Verbindendes Element war der Wunsch, flexibler und selbstbestimmter arbeiten zu können. Pflege, Erziehung und Freizeit leichter in Einklang mit dem Beruf zu bringen, war ein wichtiger Punkt. Aber es ging auch vielfach um Entlastung. Das haben die älteren Kolleginnen und Kollegen vorgebracht, aber nicht nur die. Es gibt im öffentlichen Dienst viele Berufe mit starker psychischer und physischer Belastung. Hier ist das Stichwort Entlastung von essenzieller Bedeutung.“

Neben dem Entlastungsaspekt sollen aber auch die Attraktivität und die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes gesteigert werden, „und da sind die Rahmenbedingungen von Arbeit entscheidend, um qualifizierte Nachwuchskräfte für die Berufe des

öffentlichen Dienstes zu begeistern“, erläutert der dbb Vize, der sich sicher ist, dass viele der rund 570 000 offenen Stellen, für die sich derzeit keine Bewerberinnen und Bewerber finden, besetzt werden können, wenn die Arbeitszeitformate attraktiver sind.

Dass Politik und der Wirtschaft stattdessen lieber Bilder aus den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts beschwören, die die Lebensrealität der Menschen heute einfach nicht mehr betreffen, gefällt Geyer überhaupt nicht: „Einfach nur zu fordern, die Leute sollen die Ärmel hochkrepeln und zum Beispiel weniger in Teilzeit gehen, greift viel zu kurz. Die Menschen haben heute ein anderes Leben zu organisieren als zu Zeiten, in denen die Hausfrau und der berufstätige Mann noch die Norm waren.“

Wenn sich die Lebensrealität der Kolleginnen und Kollegen verändert, müsse sich das auch in der Arbeitswelt widerspiegeln. „Die Lebensentwürfe werden diverser. Wir haben mehr Patchworkfamilien, mehr Alleinerziehende und mehr Menschen, die neben ihrem Job mit Care-Arbeit,

etwa der Pflege von Angehörigen, belastet sind. Viele von ihnen engagieren sich neben ihrem anstrengenden Tagesgeschäft in ihrer Gewerkschaft, um für modernere Arbeitswelten im öffentlichen Dienst einzutreten.“

Deswegen passt es für Geyer auch in die Zeit, in einer der großen Einkommensrunden einen Mitgliederbonus, konkret einen zusätzlichen Urlaubstag für Gewerkschaftsmitglieder, zu fordern. Immerhin seien es die Mitglieder, die mit ihren finanziellen Beiträgen und mit ihrer Aktionsbereitschaft dafür sorgen, „dass wir in der Lage sind, tarifautonom Verhandlungen zu führen. Zur gleichen Zeit bekommen die vielen Trittbrettfahrer, die sich an nichts beteiligen, die erzielten Abschlüsse jeweils auch gutgeschrieben. Das sorgt bei den Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort fleißig ehrenamtlich tätig sind, für spürbaren Frust.“







USA und Europa

## Perspektiven und deutsche Verantwortung

© Marco Urban (8)

Die außenpolitischen Leitlinien der Bundesrepublik Deutschland müssen auch nach der vorgezogenen Bundestagswahl und der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten die Weiterentwicklung der Europäischen Union und der transatlantischen Partnerschaft sein, fordert der dbb. Auf dem 34. Europäischen Abend am 12. November 2024 diskutierten hochrangige Gäste aus der Bundespolitik im dbb forum berlin über die Zukunft der wichtigsten Bündnisse in politisch herausfordernden Zeiten.

Die transatlantischen Beziehungen werden für Deutschland wie auch für die Europäische Union von grundlegender Bedeutung bleiben. Daher wird es unverzichtbar sein, den Dialog mit der kommenden US-Administration zu führen, auch wenn ein rauerer Wind aus Washington wehen sollte. Deutschland muss dabei seiner Verantwortung gerecht werden und trotz des heraufziehenden Wahlkampfs parteiübergreifend klare Signale an alle Partner senden: „Gemeinsam wollen wir Demokratie und Rechtsstaat verteidigen“, sagte dbb Vize **Andreas Hemsing** beim Europäischen Abend. Klare Signale bräuchten auch die Bürgerinnen und Bürger, so Hemsing weiter: „Die Verunsicherung der Menschen spüren wir im öffentlichen Dienst sehr deutlich, denn unsere Kolleginnen und Kollegen stehen tagtäglich im Kontakt mit ihnen. Verunsicherung aber ist Gift für die liberale Demokratie und die Abwehrkräfte gegen Populismus, der unsere rechtsstaatlichen Grundsätze porös werden lässt. Auch deshalb sind eine stabile europäisch-atlantische Ordnung und die Absicherung gegen eine autoritäre Umformung unserer Gesellschaft für uns im öffentlichen Dienst von allergrößter Bedeutung.“



„Es wird unverzichtbar sein, den Dialog mit der kommenden US-Administration zu führen, auch wenn ein rauerer Wind aus Washington wehen sollte.“

Andreas Hemsing





**„Insgesamt geht es jetzt mehr denn je darum, nationale und europäische Interessen zu verbinden.“**

Chantal Kopf

Die Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland, **Chantal Kopf**, betonte zur Eröffnung des Europäischen Abends, dass die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und das Aus der Ampelkoalition gezeigt hätten, dass es mehr denn je „aller Demokratinnen und Demokraten für ein geeintes und starkes Europa“ bedürfe. Es sei zudem an der nächsten Bundesregierung, sich in den Prozess der anstehenden EU-Erweiterungen einzubringen. „Insgesamt geht es jetzt mehr denn je darum, nationale und europäische Interessen zu verbinden“, analysierte Kopf. Das gelte für ein gesamtpolitisches Denken der Migrationspolitik ebenso wie für klare Konsequenzen für antidemokratische Tendenzen.

In der anschließenden Diskussion widmeten sich die Bundestagsabgeordneten Verena Hubertz (stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende), Andreas Jung (stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender), Agnieszka Brugger (stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende) und Bijan Djir-Sarai (FDP-Generalsekretär) den Perspektiven für das Verhältnis zwischen den USA und Europa – sowie der deutschen Verantwortung dafür.

Auf die Frage, ob Deutschland auf eine zweite Amtszeit von Donald Trump vorbereitet sei, antwortete **Verena Hubertz** mit Ja. Die Regierung habe alle Eventualitäten durchdacht. Wie es nun tatsächlich kommt, könne niemand vorhersehen.



**„Deutschland braucht die transatlantische Beziehung zu den USA und darf sie nicht abbrechen.“**

Verena Hubertz

Fakt sei jedoch: „Deutschland braucht die transatlantische Beziehung zu den USA und darf sie nicht abbrechen.“ Hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei es aber – etwa mit Blick auf die Diskussion um Strafzölle – unerlässlich, dass die Europäische Union geschlossen auftrete. Hier gebe es noch Luft nach oben: Beispielsweise hätten noch nicht alle europäischen Staaten das Wirtschafts- und Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) in nationales Recht umgesetzt. „Es darf nicht sein, dass sich die Welt fünfmal dreht, bevor wir etwas zustande bekommen. Wir müssen unsere PS auf die Straße bringen.“



**„Bei der Modernisierung der Bundeswehr müssen wir europäische Synergien nutzen.“**

Andreas Jung

**Andreas Jung** zeigte sich überzeugt: „Trump beeindruckt wirtschaftliche Stärke. Wir sollten aber nicht gegenseitig Zollgrenzen

hochziehen. Stattdessen sollten wir für beide Seiten, die europäische und die transatlantische Partnerschaft, das Beste herausholen.“ Von einer besseren innereuropäischen Zusammenarbeit erhofft sich Jung für Deutschland insbesondere, dass etwa in der Energie- und Sicherheitspolitik vorhandene Synergien genutzt werden können: „In der Energiepolitik haben wir enge Partnerschaft gelobt, aber uns nicht auf eine Strategie geeinigt. Wir brauchen den Anspruch, die Dinge zusammenzubringen.“ Auch bei der Modernisierung der Bundeswehr gehe es nicht nur um Geld: „Wir müssen auch hier europäische Synergien nutzen.“



## Der Europäische Abend

ist eine Kooperationsveranstaltung des dbb beamtenbund und tarifunion mit der Europa-Union Deutschland, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Seit 2006 finden die Abende regelmäßig im dbb forum berlin statt. Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und Verbänden nehmen teil und diskutieren über Themen mit Europa bezug aus den unterschiedlichsten Politikbereichen und knüpfen im Umfeld der Veranstaltungen neue Kontakte.

„Die zweite Amtszeit Trumps wird mit Sicherheit noch schlimmer als die erste“, warnte **Agnieszka Brugger** und sah ebenfalls Handlungsbedarf hinsichtlich der deutschen und europäischen Sicherheit: „Wir müssen uns bei den Verteidigungsausgaben in Richtung drei Prozent bewegen und die transatlantische Zusammenarbeit durch ein Netz von Kooperationsabkommen mit anderen Weltregionen ergänzen.“ Sie wies zudem darauf hin, dass Trump bereits in seiner ersten Amtszeit immer wieder – teils erfolgreich – versucht habe, die Europäer gegeneinander auszuspielen. „Er wird es wieder versuchen, gerade beim Thema Sicherheit. Also müssen wir in den nächsten Jahren massiv in die europäische Sicherheit investieren. Notfalls auch im Rahmen eines weiteren Sondervermögens.“



**„Es ist ratsam, die transatlantische Zusammenarbeit durch ein Netz von Kooperationsabkommen mit anderen Weltregionen zu ergänzen.“**

Agnieszka Brugger



**„Die Putins dieser Welt beeindrucken wir nur mit wirtschaftlicher Stärke.“**

Bijan Djir-Sarai

**Bijan Djir-Sarai** beantwortete die Frage, ob Deutschland gut auf eine zweite Amtszeit von Donald Trump vorbereitet sei, im Gegensatz zu Hubertz mit einem klaren Nein. Die USA würden zukünftig eine „knallharte Interessenpolitik“ betreiben und sich auf die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit China fokussieren. „Warum soll der amerikanische Steuerzahler die europäische Sicherheit finanzieren? Unter diesen Umständen brauchen wir mehr Europa. Wir müssen unsere Interessen artikulieren und unsere gemeinsamen Werte hochhalten.“ Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine äußerte Djir-Sarai die Sorge, dass „am Ende ein Diktatfrieden stehen könnte“, der zudem die Basis für weitere Konflikte biete. Auch hier müsse die EU sich stark und geschlossen präsentieren: „Die Putins dieser Welt beeindrucken wir nur mit wirtschaftlicher Stärke.“

*ada, br, cdi, dsc, ef, zit*



Wissenschaftsstandort Deutschland

# Spitzenforschung duldet keine prekären Jobs

Deutschland gilt international als bedeutender Wissenschafts- und Forschungsstandort. Seine Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit den Wissenschaftlerinnen, Forschern und Beschäftigten im Hochschulbereich. Deren Beschäftigungsbedingungen sind derzeit durch Unsicherheit, prekäre Arbeitsverhältnisse und mangelnde Attraktivität geprägt. Angesichts grundlegender Transformationsprozesse besteht dringender Handlungsbedarf, um den Wissenschaftsstandort Deutschland zu erhalten und dessen Attraktivität zu verbessern.



Model Foto: Colourbox.de

**B**einahe alle akademischen Beschäftigten unterhalb der Professur sind von befristeten Arbeitsverträgen betroffen. Diese damit verbundene Unsicherheit beeinträchtigt nicht nur den Aufbau der wissenschaftlichen Karrieren, sondern auch das persönliche Leben der Forschenden. „Befristete Arbeitsverträge führen für die Betroffenen zu einer unklaren Lebensplanung, sie erschweren den Zugang zu Krediten, verhindern langfristige Verbindlichkeiten, verzögern die Familiengründung und hindern die Kolleginnen und Kollegen daran, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, weil sie Angst haben, dass ihre Verträge nicht verlängert werden“, kritisiert Prof. Dr. Thorsten Köhler, Bundesvorsitzender des Verbandes Hochschule und Wissenschaft (vhw).

Auch die Besoldung der Professorinnen und Professoren erweist sich als problematisch. Dabei hatte die Reform der Professorenbesoldung, deren Umsetzung bis 2005 erfolgt ist, das Ziel, Leistung zu fördern und zu honorieren. In der Praxis weisen die Besoldungssysteme jedoch mit fehlenden Stufenaufstiegen und der Problematik nicht ruhegehaltsfähiger Leistungsbezüge deutliche Defizite auf: „Diese zusätzlichen Bezüge sind oft befristet, intransparent und variieren erheblich von Hochschule zu Hochschule“, sagt Köhler. Es bestehe zudem die Gefahr von Interessenkonflikten, weil die Entscheidung über die Vergabe von Leistungsbezügen in der Regel Funktionsträgerinnen und -trägern obliege, deren Funktionszulagen aus demselben gedeckelten Vergaberahmen stammen wie die Leistungsbezüge. „Die Abhängigkeit von Drittmitteln und befristeten Leistungszulagen führt zu Unsicherheit und ungleicher Behandlung, was dem Anspruch auf leistungsgerechte Bezahlung widerspricht. Zudem wurde mehrfach höchstrichterlich entschieden, dass die Professorenbesoldung nicht dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation entspricht. Deshalb müssen die Leistungsbezüge für alle zugänglich und so gestaltet sein, dass sich ein klar definierter und damit einklagbarer Rechtsanspruch auf die Gewährung von Leistungsbezügen ergibt“, fordert Köhler.

Die aktuellen Rahmenbedingungen in der Wissenschaft gefährden das Potenzial des Wissenschaftsstandorts Deutschland – nicht zuletzt, weil Wissenschaft und Innovation angesichts der zahlreichen Transformationsprozesse wichtiger denn je für die internationale Konkurrenzfähigkeit Deutschlands sind. Die fortschreitende digitale und ökologische Transformation bringe weitreichende Auswirkungen auf Gesellschaft, Staat und Wirtschaft mit sich, ist Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV) und Vorsitzende der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, überzeugt. Bisherige Geschäftsmodelle, Produktionsprozesse und Standorte geraten zunehmend unter Druck. Schlüsselindustrien wie die Automobilbranche, die wesentlich für den Wohlstand Deutschlands verantwortlich sind, stehen vor einem grundlegenden Wandel. Lin-Klitzing: „Unser Wohlstand liegt nicht in Bodenschätzen. Er steckt in der Innovationsfähigkeit unserer Ingenieure und Ingenieurinnen, in gut ausgebildeten Medizinerinnen und Medizinerinnen und in Forschenden aller relevanten Wissenschaftsbereiche. Damit wir weiterhin auf gute Forschung und Lehre bauen können, brauchen wir im Kampf um die besten Köpfe exzellente Arbeits- und Rahmenbedingungen für die Lehre. Die veränderte geopolitische Lage verschärft diese Situation abermals und stellt veränderte Anforderungen an Deutschlands Stellung in der Welt“. Die Herausforderungen erforderten innovative Lösungen und wissenschaftliche Exzellenz. „Exzellente Forschung gelingt nur mit exzellenten Beschäftigungsbedingungen für alle Hochschulbeschäftigten.“

Der dbb fordert von der Politik deshalb nicht nur eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen, sondern auch die zügige Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sowie eine angemessene Besoldung der Professoren und Professorinnen, die der Bedeutung ihres Berufsfeldes gerecht wird – Prioritäten, die unabhängig von aktuellen politischen Unwägbarkeiten gesetzt werden müssen.

05

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin

# Unser Ziel ist ein Miteinander auf Augenhöhe



© Yves Sucksdorff

**H**err Wegner, rund 40 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland ehrenamtlich und leisten pro Jahr knapp 4,8 Milliarden Stunden Arbeit am Gemeinwohl. Besonders in Brennpunktbereichen wie der Jugendhilfe, der aufsuchenden Sozialarbeit oder der Obdachlosenhilfe geht ohne Ehrenamt nichts mehr. Vernachlässigt der Staat Kernaufgaben zulasten der Freiwilligen?

Menschen, die sich freiwillig engagieren, verdienen unsere größte Anerkennung. Ob in der Jugendhilfe, der Sozialarbeit oder bei der freiwilligen Feuerwehr – ihr Einsatz ist eine unverzichtbare Stütze für unsere Gesellschaft. Gleichzeitig bleibt es wichtig, dass der Staat in zentralen Bereichen wie sozialer Unterstützung und dem Schutz von Leben und Gesundheit zuverlässig und handlungsfähig bleibt. Mir ist es wichtig, das freiwillige Engagement zu fördern und die Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche weiter zu verbessern. Dazu gehören die gezielte Unterstützung durch Fort-

bildungen, finanzielle Förderung und eine deutliche öffentliche Wertschätzung ihres Beitrags. Professionelles Freiwilligenmanagement kann dabei helfen, den Einsatz der Helfer noch effektiver zu gestalten. Unser Ziel ist ein Miteinander auf Augenhöhe: Staatliche Aufgaben und freiwilliges Engagement müssen sich ergänzen und gemeinsam das Fundament für eine starke Gemeinschaft bilden.

**Sorgearbeit ist in Deutschland leider immer noch vorwiegend Frauensache. Sie tragen die Doppelbelastung aus Erwerbstätigkeit und Sorgearbeit, was sich auch auf den Frauenanteil beim Ehrenamt auswirkt, der bei nur rund 42 Prozent liegt. Was muss besser werden, damit mehr Frauen ehrenamtlich tätig werden können?**

Frauen engagieren sich inzwischen fast genauso häufig ehrenamtlich wie Männer, doch sie tragen oft eine doppelte oder sogar drei-



## Vergangene Senate haben beim Sparen zuerst die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in den Blick genommen. Das gibt es mit mir nicht!

fache Belastung: Job, Familie und manchmal auch die Pflege von Angehörigen. Das erschwert es vielen Frauen, sich zusätzlich zu engagieren. Deshalb müssen wir Ehrenamt und Alltag grundsätzlich besser vereinbar machen – mit flexiblen Arbeitszeiten, guten Betreuungsangeboten und Ehrenämtern, die sich leichter in den Alltag integrieren lassen. Da sind übrigens auch die Organisationen gefragt. Es geht aber grundsätzlich darum, mehr Freiräume für Menschen zu schaffen, die sich engagieren wollen, und den Stress des Alltags zu reduzieren. Denn Engagement soll Freude machen, neue Erfahrungen bringen und vor allem zeigen: Mein Einsatz macht einen Unterschied.

**Die CDU/CSU-Fraktion hat im Februar einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der unter anderem eine wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden ins Spiel bringt. Wie lässt sich das mit ehrenamtlicher Tätigkeit vereinbaren?**

Viele Menschen in Deutschland wünschen sich flexiblere Arbeitszeiten, um den Job mit Familie und auch Ehrenamt besser in Einklang bringen zu können. Deshalb brauchen wir ein neues Arbeitszeitgesetz, das dafür mehr Spielraum bietet. So könnten Beschäftigte in der einen Woche mehr, in der anderen weniger arbeiten. Aber natürlich soll niemand gezwungen werden, 48 oder mehr Stunden pro Woche zu arbeiten. Es geht darum, dass künftig Menschen mehr arbeiten dürfen, wenn sie das selbst wollen.

**Das Land Berlin muss angesichts großer Löcher im Haushalt massiv sparen. Wird sich das auch auf Bereiche auswirken, in denen ehrenamtliche Projekte derzeit noch finanziell unterstützt werden?**

Nachdem in den vergangenen Jahren viel zu viel Geld ausgegeben wurde, mussten wir jetzt die Ausgaben des Landes auf ein normales Maß zurückführen. Das war für uns keine leichte Aufgabe. Der Konsolidierungsbedarf in Höhe von drei Milliarden Euro ist immens. Trotzdem haben wir die Funktionsfähigkeit Berlins sichergestellt und das Land Berlin zukunftsfest ausgerichtet. Vergangene Senate haben beim Sparen zuerst die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in den Blick genommen. Das gibt es mit mir nicht! Die Einschnitte, die wir beschlossen haben, sind zweifelsohne schmerzhaft. Niemand in der Koalition aus CDU und SPD und im Senat hat sich diese Entscheidungen leicht gemacht. Das ist mir wichtig: Wir haben Prioritäten bei der Sicherheit und der Bildung gesetzt und wir sichern die soziale Stadt. Die entscheidenden Unterstützungen und Projekte, die den Menschen in unserer Stadt zugutekommen – besonders diejenigen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind oder anderweitig Unterstützung benötigen –, werden weiterhin finanziert. Ehrenamtliche Projekte leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft und sie haben für uns weiterhin einen hohen Stellenwert. Wir tun alles dafür, ihre Finanzierung im Rahmen des Möglichen auch weiter zu sichern.

**Viele Menschen in Deutschland wünschen sich flexiblere Arbeitszeiten. Deshalb brauchen wir ein neues Arbeitszeitgesetz, das dafür mehr Spielraum bietet.**

**Wie anderswo auch sucht die Berliner Feuerwehr händelnd nach Nachwuchs. Gibt es Initiativen, die erfahrenen ehrenamtlichen Einsatzkräfte auch in die Berufsfeuerwehr einzustellen und dort zu halten?**

Wir wollen erfahrenen Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr den Weg in die Berufsfeuerwehr erleichtern. Dafür planen wir, die bisherigen Erfahrungen und Einsätze stärker anzuerkennen, etwa durch eine vereinfachte Einstellung und die Anrechnung von Teilen der Ausbildung. Wir wollen den Übergang so gestalten, dass die wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen auch in der Berufsfeuerwehr genutzt und geschätzt wird. Damit machen wir die Feuerwehr als Arbeitgeber attraktiver und schaffen neue Perspektiven für engagierte freiwillige Einsatzkräfte.

**Unter anderem wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, die Vergütung der Berliner Beschäftigten schrittweise an das Bundesniveau anzupassen, was die Attraktivität des Landesdienstes nicht zuletzt für Nachwuchskräfte steigern würde. Welche Auswirkungen wird die Haushaltsproblematik darauf und auf den öffentlichen Dienst insgesamt haben?**

Trotz der notwendigen Einsparungen ist es uns wichtig, dass die Angleichung auf das Bundesgrundniveau schrittweise fortgeführt wird. Das bedeutet, dass die Angleichung in den Jahren 2025 und 2026 jeweils durch jährliche Anpassungen um 0,4 Prozent erfolgen wird. Anschließend werden wir uns den dann noch bestehenden Abstand zum Bundesgrundniveau genau anschauen und die weiteren Anpassungsschritte festlegen. Das zeigt, dass wir auch in finanziell herausfordernden Zeiten unsere Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ernst nehmen. Es bleibt unser Ziel, Berlin als Arbeitgeber attraktiver zu machen und vor allem für Nachwuchskräfte konkurrenzfähig zu bleiben. Ich bin auch überzeugt, dass dieser Weg den öffentlichen Dienst stärkt und langfristig zukunftssicher macht.

**Als Sozialpartner leben die Gewerkschaften vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder, was besonders während der Tarifrunden sichtbar wird. Deshalb wird immer wieder über Gewerkschaftsboni als Teil von Tarifergebnissen diskutiert. Vergleichbares gibt es in der Wirtschaft seit Langem. Wie steht das Land Berlin dazu? Immerhin steht 2025 eine Tarifrunde für die Länder an ...**

**Wie steht das Land Berlin dazu? Immerhin steht 2025 eine Tarifrunde für die Länder an ...**

Die Tarifverhandlungen werden von der Tarifgemeinschaft der Länder geführt, der auch Berlin angehört. Ob Gewerkschaftsboni ein Thema werden, wird frühestens Ende 2025 während der Vorbereitung der nächsten Lohnrunde entschieden. Berlin wird sich aktiv an den kommenden Gesprächen beteiligen und dabei immer die Interessen seiner Beschäftigten im Blick haben.

Gemeinnütziges  
Engagement

## Als Wahlhelfer im Einsatz für die Demokratie

Model Foto: AHMET EYLEM MISIRLIGÜL/Colourbox.de

**„Demokratie und Meinungs-  
vielfalt gehören für mich zusam-  
men. Nicht jede Meinung kann  
zu 100 Prozent umgesetzt werden.  
Bei der demokratischen Willens-  
bildung geht es darum,  
Kompromisse zu finden.“**

Susanne Aumann,  
Vorsitzende der dbb jugend nrw

Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen brauchen Menschen, die kandidieren, Wählerinnen und Wähler und nicht zuletzt Wahlhelfende. Drei Mitglieder der dbb jugend haben dieses Ehrenamt übernommen und schildern ihre Erfahrungen.

In Nordrhein-Westfalen stehen 2014 Kommunalwahlen an: Ein Freund fragt Susanne Aumann, ob sie sich als Wahlhelferin engagieren möchte. Sie sagt zu, geht am Wahltag aber mit einem mulmigen Gefühl ins Wahlbüro. „Ich war Anfang 20 und hatte die Sorge, dass ich es nicht hinbekomme“, erinnert sich Aumann. Doch vor Ort lösen sich ihre Zweifel in Luft auf: Das erforderliche Wissen, das die Stadt Aachen auf einer Schulung und über Unterlagen vermittelt hat, kann sie ohne Probleme anwenden. Zudem unterstützen erfahrene Wahlhelferinnen und Wahlhelfer alle Neulinge. Fazit: „Mir hat's extrem viel Spaß gemacht. Seitdem halte ich mir alle Wahltage im Kalender frei!“

Kommunal-, Landes- und Bundesebene: Mittlerweile hat Aumann, Vorsitzende der dbb jugend in Nordrhein-Westfalen, bei zehn Wahlen mitgeholfen – jüngst auch bei der Europawahl 2024. 400 Millionen Menschen in 27 Staaten durften ihre Stimme abgeben, in Deutschland erstmals auch 16-Jährige. Bundesweit sorgten 675 000 Ehrenamtliche dafür, dass alles reibungslos funktioniert, organisiert in etwa 90 000 Wahlvorständen. Sie kontrollierten Ausweise, prüften Wahlscheine, gaben Stimmzettel aus, zählten die Stimmen und stellten das Ergebnis fest. Damit bildeten sie das Fundament der Wahl.

Warum Aumann dem Ehrenamt treu geblieben ist? Die gebürtige Rheinländerin begründet ihre Motivation zum einen ideologisch. Sie findet es faszinierend, wie viele Rädchen letztlich dazu

beitragen, dass die Demokratie funktioniert. „Ich bin gerne Teil dieses Systems, weil freie Wahlen ein Privileg sind“ – dies sei mit Blick auf autokratische Staaten keine Selbstverständlichkeit. Und zum anderen schätzt sie die Begegnungen: „Man lernt viele Leute kennen, von Jung bis Alt, vom aufgeregten Erstwähler bis zur routinierten Rentnerin, die schon oft ihre Stimme abgegeben hat.“ Wer schon etwas Erfahrung mitbringt, kann sich als Wahlvorsteher oder -vorsteherin engagieren. Das ist die Person, die in einem Wahlvorstand, der aus weiteren Wahlhelfern besteht, den Hut aufhat. Gemeinsam gewährleisten alle die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl: Unter anderem dürfen nicht mehrere

Wählerinnen und Wähler gleichzeitig in die Wahlkabine – denn die Wahl ist geheim. Und sie ist frei: Beeinflussung bei der Wahlhandlung, etwa durch Werbung, ist tabu. „Besonders spannend wird's, wenn es an das Auszählen der Stimmen geht“, berichtet Aumann. Dabei sind Konzentration und Gründlichkeit gefragt. Am Ende muss die Zahl der angegebenen Stimmen mit den jeweiligen Stimmen für die

Parteien übereinstimmen. Als Schriftführerin protokolliert die Vorsitzende der dbb jugend nrw die Ergebnisse.

Matthias Berk, Landesjugendleiter der dbb jugend hessen, hat mit Aumann zwei Dinge gemeinsam: Er hat sich ebenfalls erstmals 2014 als Wahlhelfer engagiert und nimmt ebenfalls die Aufgaben der Schriftführung wahr. „Ich gleiche Namen mit dem Wählerverzeichnis ab, protokolliere, wer gewählt hat, und leite letztlich die Ergebnisse an das Wahlkreisbüro weiter“, erzählt er.

**„Demokratie bedeutet für mich Freiheit. Die Freiheit, mich politisch so zu betätigen, wie ich es möchte, meine Meinung frei äußern und diese in einem Wahlprozess darlegen zu können.“**

Matthias Berk, Landesjugendleiter dbb jugend hessen

Auch ungültige Stimmen werden protokolliert – dies ist zum Beispiel der Fall, wenn bei der Stimmabgabe zu viele Kreuze gesetzt wurden und der Wählerwille nicht eindeutig erkennbar ist. In

Hessen sei es teils so, dass sich die Behörden an der Suche nach neuen Wahlhelfern beteiligen, berichtet Berk.

„Ich wurde von der Personalabteilung gefragt, ob ich mir das vorstellen könnte, und habe eingewilligt.“ Fünfmal hat sich der Gewerkschafter bisher als Wahlhelfer enga-

giert, mit der Europawahl folgte das sechste Mal. Mit manchen Ehrenamtlichen, die er an den Wahltagen kennengelernt hat, ist er in Kontakt geblieben. „Da ist eine tolle Gemeinschaft entstanden. Alle kommen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, was ich als sehr bereichernd empfinde.“

Hinter jeder Wahl steht ein enormer Organisationsprozess:

Die Wahlberechtigten müssen informiert, die Stimmzettel gedruckt und die Wahlhelfenden eingearbeitet werden. Dafür sind die Städte und Kommunen zuständig. Jemand, der sich aktuell um die Organisation kümmert, ist Joachim Weschbach, der im baden-württembergischen Helmstadt-Bargen in der

**„Demokratie bedeutet, dass das Wahlergebnis von allen akzeptiert wird. Mein Eindruck ist, dass das aktuell weniger werden.“**

Joachim Weschbach, Landesjugendleiter  
dbb jugend baden-württemberg

Verwaltung arbeitet. Bei vergangenen Wahlen hat sich der Landesjugendleiter der dbb jugend im Südwesten als Wahlhelfer engagiert, er kennt also beide Perspektiven – „diesmal war

ich allerdings nicht dabei, weil ich für den Kreistag kandidiert habe. Das Gesetz verbietet es, so viel Neutralität muss sein.“ In Baden-Württemberg fanden zeitgleich mit der Europawahl die Kommunalwahlen statt.

Was passiert eigentlich, wenn sich in einer Gemeinde nicht genug Wahlhelfer melden? „Gesetzlich kann eine Kommune auch Wahlhelferinnen und Wahlhelfer ernennen“, erklärt Weschbach. „Aber das ist aus meiner Sicht das letzte Mittel und kommt bei uns in der Regel nicht vor.“ Es gebe ausreichend Freiwillige, die sich melden. „Und wer im ländlichen Raum einmal auf der Liste steht, ist quasi immer dabei.“ Und was er den Wahlberechtigten mit auf den Weg geben würde? „Manchmal kommt es vor, dass Leute im falschen Wahlbüro stehen oder ihren Personalausweis vergessen. Im Zweifel einfach noch einmal kontrollieren, ob alles da ist beziehungsweise seine Richtigkeit hat.“

*cdi*



Freiwillige

# Wenn Bürger Staat machen



Model Foto: Arne Trautmann/Colourbox.de

Das Ehrenamt boomt: Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich für ihre Bürgerschaft, Tendenz steigend. Freiwillige übernehmen dabei zunehmend auch Aufgaben der Daseinsfürsorge, die eigentlich dem Staat zugerechnet werden. Wo verlaufen da die Grenzen? Wie viel Staat muss sein – und was ist erforderlich, damit Ehrenamt und staatliche Verwaltung tatsächlich sinnvoll kooperieren können?

**F**rederike Stiewe aus Farmsen ist wie ihre Mutter Rettungsschwimmerin bei der DLRG und verbringt ihren Jahresurlaub regelmäßig bei der Strandwacht an der Lübecker Bucht – ehrenamtlich. Dennis Köhler koordiniert die Ortsgruppe des THW im niedersächsischen Verden und ist auch über Weihnachten und Neujahr im Einsatz, wenn wie beim letzten Jahreswechsel die Aller den ganzen Landkreis zu überfluten droht – unentgeltlich. Tafeln in ganz Deutschland greifen Bedürftigen mit Lebensmitteln unter die Arme, die sie bei Discountern und Lebensmittelgeschäften aufspüren, einsammeln, prüfen und dann verteilen – freiwillig. Ehrenamtliche Vormünder entlasten Amtsvormünder, die bei der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge nicht mehr nachkommen. Lesepatinnen und -paten unterstützen Erziehungs- und Lehrkräfte in Kindergärten und Schulen dabei, die Lese- und Lernkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. In den rund 86 000 Sportvereinen kümmern sich Ehrenamtliche um die Pflege und den Bau von Sportstätten, um Training, Breitensport und Talentförderung. In Pflege- und Senioreneinrichtungen übernehmen Freiwillige Besuchs- und Freizeitangebote, im Hospizdienst begleiten sie Sterbende auf ihrem letzten Weg. Und das ist nur ein kleiner Ausschnitt.

## Bürgerschaftliches Engagement ist innovativ

„Ehrenamt ist eine zentrale Säule unserer Demokratie. Es ist unverzichtbar“, konstatiert denn auch Susanne Aumann, Vorsitzende der dbb jugend nrw. Der Jugendverband hat sich 2023 das Eh-

renamt zum Jahresthema gesetzt. „Ohne all die ehrenamtlich Tätigen bräche unsere Gesellschaft wie ein Kartenhaus zusammen.“ Ob im sozialen Bereich, im Naturschutz, in der Kultur, in Flüchtlingshilfe und Integration – Ehrenamtliche packen an: findig und entschlossen.

Damit treiben sie die gesellschaftliche Entwicklung voran, wie Thomas Röbbke, der von 2003 bis 2023 das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern leitete, betont. Seit der Herausarbeitung bürgerschaftlichen Engagements Ende des 18. Jahrhunderts wirkt es unermüdlich als „Innovationsagentur“: indem es gesellschaftliche Lücken aufspürt, überkommene Strukturen und Ordnungen lockert oder gar zum Einsturz bringt. Denn hinter diesem Engagement stehen oft grundsätzliche Fragen danach, wie wir leben wollen – und was wir dafür tun können. Bürgerschaftliche Initiativen haben dafür gesorgt, dass Themen wie neue Armut, der Umgang mit dem Sterben, Naturschutz, Denkmalschutz, Energiewende, Gleichberechtigung, die politischen Rechte von Migrant\*innen, Einsamkeit und vieles mehr überhaupt erst gesellschaftlich breit debattiert werden. Das ist ein nicht zu unterschätzender Mehrwert, der bei der Betrachtung des Ehrenamts häufig zu kurz kommt.

Bürgerschaftliches Engagement erwies und erweist sich überdies als wichtiges Lernfeld für Demokratie. Hier werden die Übernahme von Verantwortung und Toleranz eingeübt, und auch die Erfahrung der Selbstwirksamkeit hat politische Relevanz. Wer Erfül-

lung im Ehrenamt findet, Sinnstiftung, Zufriedenheit, ja sogar Lebensglück – Aspekte, die von Ehrenamtlichen durchgängig als Motivation für ihren Dienst an der Gemeinschaft genannt werden –, ist weniger anfällig für Radikalisierung.

## Wer sorgt wofür?

Sinnstiftung und Zufriedenheit kommen allerdings schnell an ihr Ende, wenn Freiwillige den Eindruck gewinnen, als Lückenbüßer einspringen zu müssen, weil der Staat sich aus seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurückzieht. Dass der Staat nicht für alle damit verbundenen Aufgaben Verantwortung trägt, hat Tradition und ist auch dezidiert so geregelt: Die DLRG sorgt mit ihren Ehrenamtlichen für die Rettung von Menschenleben an deutschen Küsten- und Binnengewässern. Das THW ist im In- und Ausland mit seinen Freiwilligen bei Katastrophen zur Stelle. Brandschutz, Rettung und Löschung übernimmt in Stadt und Land weit überwiegend die freiwillige Feuerwehr. Johanniter, Malteser, Arbeiter-Samariter-Bund und das Deutsche Rote Kreuz leisten und organisieren medizinische und humanitäre Hilfe und sind in der Wohlfahrtspflege aktiv.

Dass der unentgeltliche Einsatz für das eigene Gemeinwesen zum Staatsbürgerdasein dazugehört, ist nicht nur für die Freiwilligen in diesen Organisationen selbstverständlich. 19 Milliarden Euro jährlich werden laut der dbb Jugend NRW allein in diesem Bundesland dadurch eingespart, dass sich rund die Hälfte der Bevölkerung bürgerschaftlich engagiert. Aber es gerät etwas ins Rutschen, wenn Menschen auf dem Land mit Bürgerbussen und ehrenamtlichen Fahrdiensten für Senioren ausgleichen sollen, dass keine ausreichende ÖPNV-Anbindung existiert; wenn nach Angaben des Sozialverbands VdK die größte Ehrenamtlichengruppe die der pflegenden Angehörigen ist, die sich – nicht nur, aber auch – für die Versorgung ihrer Nächsten zu Hause entscheiden, weil es an gut ausgestatteten und bezahlbaren Pflegeeinrichtungen mangelt, denen sie ihre Liebsten guten Gewissens anvertrauen könnten. Oder wenn etwa die Tafeln immer wieder und immer lauter warnen, dass sie in Zeiten wachsender Armut des Andrangs nicht mehr Herr werden. Eines Andrangs, der auch dadurch zunimmt, dass der Staat – unter Hinweis auf die Existenz der Tafeln – seine Unterstützungsleistungen so knapp bemisst, dass Menschen am Monatsende gar nichts

anderes übrig bleibt, als sich über die Tafeln zu versorgen. Ohne das Ehrenamt geht es nicht. Aber ein Ersatz für die staatliche Daseinsvorsorge kann es nicht sein.

## Die komplexe Lage strukturschwacher Kommunen

Schrumpfende, strukturschwache Kommunen können auf diesen Ersatz allerdings kaum mehr verzichten. Angesichts angespannter Haushalte und Personalmangels sind sie auf engagierte Freiwillige angewiesen, um Leistungen abfedern zu können, die nach und nach weggebrochen sind oder wegubrechen drohen. Das stellt sie vor vielfältige Herausforderungen. Gerade in durch Abwanderung oder

demografischen Wandel stark betroffenen Regionen fehlt es häufig an der notwendigen „kritischen Masse“, an Personen, die für Kooperationen infrage kämen. Wer dazu bereit ist, sieht sich wiederum mit Hürden konfrontiert, deren Überwindung (zu) viel Zeit und Ressourcen kostet: Bürokratie, ein formales Antragswesen, abgefasst in schwer verständlichem Fach- und Amtsdeutsch, oder ein Förderwesen, das auf Projekte zielt, die sich aus voneinander losgelösten Modellprogrammen und Fördertöpfen speisen und Initiativen dazu zwingen, sich alle drei bis fünf Jahre neu zu erfinden. Traditierte Top-down-Mechanismen, die dazu führen, dass Freiwillige sich eher als Handlanger denn als Kooperationspartner fühlen, helfen auch nicht. Gleichzeitig sieht sich die Kommune gehalten, den Erfordernissen staatlichen Verwaltungshandelns gerecht zu werden. Eine komplizierte Gemengelage, die allen Beteiligten viel abverlangt. Ohne Anpassungen wird es nicht gehen.



© THW/Susanne Hörle



© Denis Foerner (DLRG)

Als eine Möglichkeit, Funktionen kommunaler Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten, ohne sie selbst betreiben zu müssen, erweisen sich Bürgergenossenschaften. Ob Dorfläden, alternative Wohn- und Mobilitätsformen, Dienstleistungen der Nachbarschafts- und Seniorenhilfe, Schwimmbäder, Energie- und Wasserversorgung – Bürgergenossenschaften übernehmen, wo die Kommune es finanziell oder organisatorisch nicht mehr leisten kann. Das Modell eignet sich nicht für jede Aufgabe, es erfordert gute Beratung, breite (kommunale) Unterstützung und viel Engagement. Wo es gelingt, erlaubt es aber der Kommune, Leistungen zu privatisieren, die Bürgerschaft und damit die Nutzer einzubinden und gleichzeitig den eigenen Einfluss zu wahren. Noch ist



dazu viel Aufklärungsarbeit nötig: sowohl in den Kommunen, die Genossenschaften häufig noch nicht in ausreichendem Maße als Partner bei der Bewältigung der Daseinsvorsorge begreifen, als auch in den ländlichen Gemeinschaften. Wie es funktionieren kann, zeigt sich in Thüringen. Dort haben sich vornehmlich Energiegenossenschaften gegründet, was hauptsächlich daran liegt, dass eine vom Land ins Leben gerufene Energieagentur den Gründern unter die Arme greift.

## Kooperation statt Überforderung

Unterstützung, Beratung, eine helfende statt fordernde oder gar übergriffige Verwaltung, das ist es, was sich viele Ehrenamtliche wünschen. Wo staatliches Handeln mit seinen starren Vorgaben auf oft auch unkonventionelles Engagement trifft, muss es zu Konflikten kommen. Wenn aber beispielsweise selbstorganisierten Kitas auf dem Land dieselben Standards auferlegt werden wie staatlichen Einrichtungen, dann wird ihnen etwas abverlangt, was sie nicht leisten können. Was als Professionalisierung daherkommt, entzieht bestehenden Initiativen teilweise die Existenzgrundlage. Der Mehraufwand an fachlicher Ausbildung, die Bewältigung komplexer Rechtsvorschriften, die Erfüllung immer neuer Rechenschaftspflichten und Dokumentationsanfordernisse, die bei Nichteinhaltung gefährliche Haftungsprobleme nach sich ziehen können, ersticken so im Keim, was doch eigentlich gewünscht ist: dass sich immer mehr Menschen aktiv für Zusammenhalt und die Gestaltung ihres Gemeinwesens einsetzen. „Zufrieden sind die befragten Bürger\*innen ausschließlich mit der Unterstützung durch den Verein oder die Institution, in der sie sich engagieren“, ergab 2021 eine Studie zu bürgerschaftlichem Engagement im Ruhrgebiet. Das ist zu wenig.

## Was braucht es stattdessen?

Kurz gesagt: Abbau von bürokratischen Hindernissen, Ansprechpartner in Politik und Verwaltung, partizipative Einbeziehung, Kooperation ohne Vereinnahmung. Gerade kleine Kommunen, in denen die Herausforderungen zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge am größten sind, werden auf diese Wünsche eingehen müssen. Dazu sollten nicht nur überkommene Aufteilungen von Gestaltungsmacht hinterfragt, Handlungsspielräume neu ausgehandelt und das Verhältnis zwischen Unterstützung und Len-

kung auf den Prüfstand gestellt werden. Die kommunale Ebene braucht auch eine finanzielle Ausstattung, die es ihr erlaubt, ausreichendes und entsprechend qualifiziertes Personal einzustellen, das sich der Zusammenarbeit mit den Freiwilligen widmet und diese koordiniert. Dafür sind Strukturfördermittel nach Bedarf und nicht nach Einwohnerzahl erforderlich. Die Zivilgesellschaft wiederum benötigt eine Umorientierung der staatlichen Förderstrategien: weg von der Initiierung von Projekten (deren Vorgaben ehrenamtliche Initiativen tendenziell überfordern), hin zu Prozessen, die darauf ausgelegt sind, selbstverständlich zu werden. Das entlastet Verwaltung und bürgerschaftliches Engagement.



Model Foto: Dmitrii Shironosov/Colourbox.de



Model Foto: Colourbox.de

## Die Bundesengagementstrategie

Die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu verbessern und die Zivilgesellschaft umfassender zu unterstützen, ist auch Ziel der Bundesengagementstrategie, die derzeit im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorbereitet wird. In einem einjährigen Beteiligungsprozess hatte die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt dafür Vorschläge aus der Zivilgesellschaft gesammelt. Das Spannungsfeld zwischen Ehrenamt und staatlicher Daseinsvorsorge wurde nicht dezidiert abgefragt, das Bündnis für Gemeinnützigkeit äußerte in dem Verfahren jedoch unter anderem den Wunsch, die Engage-

mentförderung selbst als Pflichtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge festzuschreiben. Eine Bundesfinanzierung dazu ließe sich in einem „Engagementfördergesetz“ regeln. Auf ein solches Gesetz, in dem außerdem „staatlich geförderte wie auch gesetzlich verbrieft Regelaufgaben“ niedergelegt werden könnten, hofft ebenfalls Ansgar Klein, der Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.

Ob diese Vorschläge Eingang in die Engagementstrategie finden, lässt sich noch nicht sagen. Vorgestellt werden soll sie zum Engagementtag am 4. Dezember – sofern die notwendige Abstimmung mit anderen Ressorts sowie der für das vierte Quartal vorgesehene Kabinettsbeschluss nicht durch das Ampel-Aus gestoppt wurden. So oder so: Die Debatte wird weitergehen. Denn bürgerschaftliches Engagement treibt gesellschaftliche Entwicklung voran.

Andrea Böltken



## Ehrenamt braucht Unterstützung

## Warum ein funktionierender Staat essenziell ist

Das Ehrenamt hat in Deutschland einen guten Ruf. Zu Recht: Etwa 29 Millionen Menschen engagieren sich überall in unserer Gesellschaft für das Gemeinwohl. Sie stehen auch im Winter auf zugefrorenen Sportplätzen und trainieren Nachwuchsfußballer, machen Dienste in Hospizen, besuchen alte Menschen in Pflegeheimen, bedienen Bedürftige bei den Tafeln oder helfen Geflüchteten, in Deutschland Fuß zu fassen. Das straft die vielen Reden derer Lügen, die beklagen, dass es in unserem Land nur noch um Hedonismus und Selbstverwirklichung gehe.

**K**eine Frage, ohne die vielen uneigennützig Fleißigen sähe es in vielen Bereichen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens schlecht aus. Daher fehlt es auch nicht an großen Worten. „Ehrenamt ist gelebte Demokratie“, schreibt die Bundesinnenministerin auf ihrer Website. Und seit vier Jahren gibt es sogar eine eigene Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Hier arbeiten nicht nur Ehrenamtliche, sondern 75 angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Budget beträgt nach eigenen Angaben der Stiftung 30 Millionen Euro. In Zeiten des allgemeinen Spardiktats klingt das nicht schlecht.



© Getty Images/Unsplash.com

Das ist die eine Seite. Doch es gibt eine andere, weniger erfreuliche, die in den Sonntagsreden der Politik kaum vorkommt. Häufig ist das Ehrenamt nicht mehr als ein Lückenbüßer für staatliche Mängel, die kaum noch zu kaschieren sind. Ein Beispiel dafür ist das System der Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Daraus möchte sich der Staat sogar erklärtermaßen gerne zurückziehen. Mit der Vormundschaftsreform, die Anfang 2023 in Kraft trat, ist das offiziell ausgesprochen. Seitdem gibt es die vorläufige Vormundschaft, die durch das Jugendamt ausgeübt wird, aber zum Ziel hat, dass die Aufgabe später in private Hände gegeben wird. Das ist theoretisch sogar ein berechtigtes Anliegen – bei deutschen Kindern. So soll der Wunsch der Kinder bei der Wahl des Vormundes besser berücksichtigt werden. Einer wissenschaftlichen Auswertung aus dem vergangenen Jahr zufolge hat bereits mehr als die Hälfte aller minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten einen privaten Vormund. Das sind häufig Verwandte, die mit ins Land gekommen sind, immer öfter aber auch engagierte deutsche Privatleute. In Berlin gibt es gleich mehrere Anlaufstellen, wo man sich darüber informieren kann, wenn man als Ehrenamtliche/r eine Vormundschaft übernehmen will. Auch diese Beratung liegt überwiegend in privater Hand.

Womöglich ist das auch besser so: Dem TV-Magazin Panorama hat die Mitarbeiterin eines Hamburger Jugendamtes in diesem

Sommer ausführlich beschrieben, unter welchen Bedingungen sie arbeitet – und was das auch mit ihr macht. Für 50 Jugendliche ist sie der amtliche Vormund, ihre Schutzbefohlenen sieht sie nur drei- bis viermal im Jahr, obwohl es mindestens einmal im Monat sein sollte, was aber auch schon wenig ist. Sie sage ihren Jugendlichen immer, sie sollten sich melden, wenn sie ein Anliegen haben, denn sie selbst werde nicht nachfragen können, weil sie einfach irgendwann den Überblick verliere

bei so viel Jugendlichen. Als Quintessenz ihrer Arbeit sagt sie den schockierenden Satz: „Wir produzieren nur Enttäuschung.“

Als Grund für die Misere gibt die Mitarbeiterin, die anonym bleiben wollte, den allgegenwärtigen Spardruck im öffentlichen Dienst an. Aussicht auf Besserung: keine. Das bedeutet dann aber natürlich auch, dass private Vormünder keine Hilfe vom Amt erwarten dürfen, wenn die anspruchsvolle Aufgabe Schwierigkeiten mit sich bringt oder sie vielleicht sogar an den Rand ihrer Belastungsfähigkeit führt. Das berichten im Übrigen auch Menschen, die sich allgemein privat in der Flüchtlingshilfe engagieren. Seien wir ehrlich: 2015 und 2016 wäre ohne ihre Hilfe viel mehr schiefgegangen, als plötzlich Hunderttausende zu versorgen waren und auf staatliche Strukturen trafen, die dafür nicht im Ansatz ausgestattet waren. Damals waren es übrigens vor allem die jungen Alten, die gerade in den Ruhestand gewechselt waren, die nun viel von ihrer freien Zeit opfereten, um zu helfen. Jetzt gehen die Boomer-Jahrgänge in Rente. Die meisten von ihnen sind gesund und gewohnt, hart zu arbeiten. Da wäre es natürlich eine wunderbare Idee, diese Menschen für ein Ehrenamt zu begeistern. Doch all das funktioniert nur, wenn die Ehrenamtler auch auf einen funktionierenden Staat treffen. Die Arbeit muss Hand in Hand gehen. Bisher sieht es leider anders aus.

Christine Dankbar

## Die Autorin ...

... Christine Dankbar ist Ressortleiterin Politik bei der Frankfurter Rundschau.

Pflegeversicherung

# System unter Druck

Steht die soziale Pflegeversicherung vor der Pleite?

Was an den Behauptungen stichhaltig ist und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.



Foto: Thai Noipho/Colourbox.de

Im Frühjahr hatte das dbb magazin über die prekäre Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung und des Gesundheitssystems berichtet. Zwischenzeitlich war gar von einer drohenden Insolvenz der sozialen Pflegeversicherung die Rede, die Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach dementierte. Erschwerend kommt jetzt hinzu, dass durch den Bruch der Ampelkoalition die von Lauterbach bereits seit dem Frühjahr mehrfach und medienwirksam angekündigte „große Pflegereform“ auf die lange Bank geschoben werden muss. Fatal aus Sicht des dbb, denn die Probleme wachsen, der Druck auf die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler wird größer – in der gesetzlichen ebenso wie in der privaten Pflegeversicherung.

## Schwierige Finanzlage

Die Situation der Pflegeversicherung ist besorgniserregend. Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Kostensteigerungen durch den medizinisch-technischen Fortschritt und die angespannte Situation auf dem Immobilienmarkt, die auch die Mietpreise für Pflegeheime betrifft, üben Druck auf die Finanzsitua-

tion und das Leistungsgeschehen der Pflegeversicherung aus. Ende 2023 waren in Deutschland rund 5,2 Millionen Menschen als pflegebedürftig registriert. Der weit überwiegende Anteil davon (84 Prozent oder 4,4 Millionen Menschen) wird ambulant durch Angehörige und gegebenenfalls in Kombination mit einem ambulanten Pflegedienst versorgt. Die Gesamtausgaben der sozialen Pflegeversicherung lagen im Jahr 2023 bei rund 59 Milliarden Euro. Davon entfielen gut 36 Milliarden auf ambulante Leistungen und knapp 20 Milliarden auf stationäre Leistungen. Durch die finanziellen Belastungen der Coronapandemie, entscheidend aber durch den anhaltend starken Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen, der weit über das demografisch erwartbare Maß hinausgeht, hat sich die Finanzsituation in den letzten Jahren deutlich verschärft. Hinzu kommen die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in der (Alten-)Pflege sowie die stark gestiegenen Verbraucherpreise.

Mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Jahr 2017 hat sich der jährliche Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen nochmals beschleunigt und nimmt seitdem um jährlich

circa 300 000 Personen zu, ohne dass sich im Gegenzug die Basis der Beitragszahler ausgeweitet hätte. Die Pflegeversicherung steht damit vor immensen Herausforderungen. Der dbb und die dbb bundessenorenvertretung fordern seit Jahren eine umfassende Pflegereform, um „die Pflege“ nachhaltig generationengerecht auszugestalten. Mit dem Pflegestärkungsgesetz I hatte der Gesetzgeber im Jahr 2017 den sogenannten Pflegevorsorgefonds eingerichtet, in den ein Anteil von 0,1 Prozentpunkten der Pflegeversicherungsbeiträge pro Jahr fließt. Das sind mittlerweile immerhin rund 1,6 Milliarden Euro pro Jahr. Bis zum Jahr 2035 soll so Geld angespart werden, um die dann zu erwartenden Beitragsteigerungen abzumildern. Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat diesen Mechanismus für die Jahre 2024 bis 2027 im Zuge der Haushaltsberatungen teilweise ausgesetzt. Die Zuführung an den Pflegevorsorgefonds für diesen Zeitraum wird aktuell auf 700 Millionen Euro pro Jahr mehr als halbiert. Der dbb hatte dies scharf kritisiert, denn der Fonds sollte ursprünglich gerade nicht dazu dienen, Haushaltslöcher zu stopfen.

## Mögliches Reformmodell

Zu möglichen Reformen hat das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES) im Auftrag der Bundesregierung eine ausführliche Analyse zahlreicher Stellschrauben vorgenommen, mit denen die Finanzsituation der sozialen Pflegeversicherung zukunfts- und demografiefest ausgestaltet werden könnte. Das derzeitige System wurde dafür unter konstanten Bedingungen fortgeschrieben und die Wirkung einzelner Maßnahmen im Vergleich betrachtet. Die jeweiligen Beitragssatzrelevanten Konsequenzen sind teilweise beachtlich. Untersucht wurden die Wirkung einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, die Verbeitragung weiterer Einkommensarten (zum Beispiel von Kapital- und Mieteinnahmen), die Einführung einer sogenannten solidarischen Pflegebürgerversicherung, die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen (Rentenbeiträge für Pflegepersonen und die beitragsfreie Familienversicherung) sowie der Aufbau eines Kapitalstocks mit Kapitalerhalt und Ertragsausschüttung an die Pflegeversicherung.

Unter Fortschreibung der derzeitigen gesetzlichen Regelungen und der Annahme einer durchschnittlichen jährlichen Inflation von 1,5 Prozent sowie eines Anstiegs der Leistungsausgaben in Höhe von drei Prozent pro Jahr, steigt der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung bis zum Jahr 2060 von derzeit 3,4 Prozent auf dann voraussichtlich 4,6 Prozent der beitragspflichtigen Einkünfte. Eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf die Höhe der Versicherungspflichtgrenze würde im Jahr 2060 zu einer Dämpfung des dann gültigen Beitragssatzes von knapp 0,1 Prozentpunkten auf 4,5 Prozent führen – der Entlastungseffekt wäre begrenzt. Auch die Wirkung einer isoliert betrachteten Heranziehung weiterer Einkommensarten, wie beispielsweise Kapital- und Mieteinnahmen, wurde kalkuliert. Die dadurch mögliche Beitragssatzreduktion im Jahr 2060 liegt ebenfalls im Bereich von 0,1 Prozentpunkten.

## Bürgerversicherung ist keine Option

Spannend sind die Ergebnisse der Prognose vor allem in Bezug auf die Einführung einer sogenannten solidarischen Pflegebürgerversicherung. Sehen die Befürworter darin ein Allheilmittel,

um die Finanzen der sozialen Pflegeversicherung zu sanieren, zeigen die Zahlen des IGES deutlich, dass eine Einbeziehung der privat Pflegeversicherten kaum zu nennenswerten Beitragssatzeffekten führt. Und das losgelöst von der Frage, ob eine Überführung verfassungsrechtlich Bestand haben würde, was Experten bezweifeln. Würden nur die neu zu versichernden Bürgerinnen und Bürger in die soziale Pflegeversicherung aufgenommen, die aktuell PKV-Versicherten jedoch privat versichert bleiben, würde dies im Jahr 2060 zu einer Reduktion des Beitragssatzes von lediglich 0,25 Prozentpunkten führen.

Deutlich mehr Beitragssatzrelevanz hätte die Umsetzung der langjährigen Forderung des dbb nach einer Steuerfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen. Das IGES hat berechnet, dass eine außerhalb der Pflegeversicherung erfolgende Übernahme der Kosten für die Rentenbeiträge der Pflegenden sowie der Kosten für die beitragsfreie Familienversicherung zusammen den Beitragssatz im Jahr 2060 um knapp 0,7 Prozentpunkte reduzieren würde. Nach wie vor sieht der dbb auch Einsparpotenziale durch verstärkte Investitionen in die geriatrische Rehabilitation. Durch Verhinderung oder ein Hinauszögern von Pflegebedürftigkeit lassen sich langfristig immense Kosten einsparen – ganz abgesehen von einer deutlichen Erhöhung der Lebensqualität der Betroffenen.

krz

## Kommentar



Model Foto: Peopleimages.com/Colourbox.de

## Der Reformdruck ist hoch

Natürlich können die derzeitigen Leistungen der Pflegeversicherung durch höhere Beiträge oder mehr Steuermittel aufrechterhalten werden. Das reicht jedoch nicht aus. Wichtige Vorhaben wie die Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige oder mehr Unterstützung bei der Bewältigung der Eigenanteile in der stationären Pflege erfordern eine grundlegende Reform. Die hatte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bereits im Frühjahr medienwirksam angekündigt – und dann passierte nichts. Anfang Oktober 2024 folgte dem Dementi einer drohenden Insolvenz der Pflegekassen die Ankündigung, „in Kürze“ eine größere Pflegereform auf den Weg bringen zu wollen. „Wir sind da in der Feinabstimmung“, sagte er Spiegel Online am 7. Oktober, ohne jedoch Details zu nennen. Man darf gespannt sein, wie die neue Bundesregierung mit dem Problemkomplex umgehen wird – der Reformdruck ist hoch und duldet keinen Aufschub. Der dbb wird die Prozesse kritisch begleiten und für bessere Leistungen und mehr Nachhaltigkeit in der Pflegeversicherung kämpfen. Eine Bürgerversicherung zur Finanzierung ist und bleibt dagegen purer Populismus und löst langfristig keine Probleme. Mittlerweile steht fest, dass die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler für die ausgefallene Reform einspringen müssen: Die Beitragssätze zur Pflegeversicherung werden zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozentpunkte angehoben.

krz



dbb Podcast „DienstTag“

## „Die schlimmen Sachen kann man ja zu Hause nicht erzählen“

Gerade in Extremsituationen sei die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen auf der Feuerwache besonders wichtig, erzählt Valentino Tagliaferro bei DienstTag.



Als freigestellter Personalratsvorsitzender kümmert sich Tagliaferro jetzt um die Sorgen und Wünsche seiner Kolleginnen und Kollegen bei der Feuerwehr Duisburg. Viele Jahre vorher war der 47-Jährige aber selbst im Einsatz, zuletzt in der Rettungsleitstelle. Das Tolle am Feuerwehrberuf sei die extrem breite Palette an Tätigkeiten, von der Brandbekämpfung bis zum Rettungsdienst. Man könne bei der Feuerwehr sogar als Taucher oder Kranfahrer arbeiten, erzählt Tagliaferro: „In Duisburg haben wir fünf- bis sechshundert Leute und 80 Prozent unserer Einsätze sind inzwischen im Rettungsdienst, abseits der Brände, manchmal 230 Einsätze am Tag. Da ist alles dabei, vom Brand über den Unfall bis zum Mann im Rhein.“



Valentino Tagliaferro

Das Feuerwehr-Klischee: Wie oft rettet die Feuerwehr Katzen? „Das kommt doch sehr häufig vor. Wir haben aber nicht nur Katzen auf Bäumen, sondern auch in Regenrinnen oder auf Dächern.“ Das gehöre einfach dazu, sagt Tagliaferro, der früher gerne Rettungsdienst gefahren ist und in der Leitstelle gearbeitet hat, bevor er Personalrat wurde. An im wahrsten Wortsinn heiße Einsätze erinnert sich der sympathische Retter auch: Gleich beim ersten Wohnungsbrand hat er sich aufgrund verdampfenden Löschwassers die Unterarme verbrannt. „Unser Arbeitsweg ist es eben, dort hineinzulaufen, wo andere herausrennen.“

Besonders belastend sind die Einsätze, bei denen man es mit verletzten oder toten Menschen zu tun bekommt, vor allem wenn es dabei um Kinder geht. „Diese ganz schlimmen Sachen kann man

ja zu Hause nicht erzählen. Da sind die Kolleginnen und Kollegen auf der Wache ein sehr wichtiger Rückhalt.“ Valentino Tagliaferro hat für sich den „besten Beruf der Welt“ gefunden, mit viel familienfreundlicher Flexibilität, Abwechslung und Zusammenhalt. Als Personalrat erzählt er im dbb Podcast aber natürlich auch von den Problemen bei der Feuerwehr, bei Bezahlung und Personalausstattung oder mit der rapide zunehmenden Gewaltbereitschaft einiger Kunden, zu deren Rettung man doch eigentlich ausrückt.

Die Podcast-Beiträge des dbb gibt es unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de) und überall, wo es Podcasts gibt.



## #staatklar – das E-Zine der dbb jugend

#staatklar ist das Online-Magazin der dbb jugend – mit rund 150 000 Mitgliedern im öffentlichen Dienst und in den privatisierten Bereichen eine der größten gewerkschaftlichen Jugendorganisationen in Deutschland. #staatklar berichtet über aktuelle Themen und Entwicklungen im Staatsdienst, in der Daseinsvorsorge



sowie im Bereich der systemrelevanten Infrastruktur und hat dabei insbesondere die Interessen und Belange der jungen Menschen im Fokus.

Direkt zur aktuellen Ausgabe: [www.staatklar.org](http://www.staatklar.org) oder QR-Code scannen





Studie von dbb jugend und Uni Potsdam

## Was junge Beamte vom Dienstherrn erwarten

Dem öffentlichen Dienst fehlen mehr als 570 000 Beschäftigte. Eine aktuelle Studie zeigt, worauf es bei der Fachkräftegewinnung ankommt. Einkommen, Flexibilität, Homeoffice, aber auch technische Ausstattung, Entwicklungsperspektiven und Sachbezüge: Faktoren, die bei der Berufswahl von Bedeutung sein können, gibt es viele.

**A**ber was ist jungen Beamtinnen und Beamten am wichtigsten? Dieser Frage sind die dbb jugend und ein Forschungsteam der Universität Potsdam nachgegangen. Die Studie ist am 17. Oktober 2024 unter dem Titel „Flexibel, digital, gut bezahlt?! Wie der öffentliche Dienst seine Mitarbeitenden bindet“ erschienen. Die Datenerhebung hat im Zeitraum von April bis Juli 2023 stattgefunden.

Die 4-Tage-Woche, die aktuell im Zentrum der öffentlichen Debatte steht, ist demnach nicht ausschlaggebend für die Bindung von jungen Fachkräften an den öffentlichen Dienst. Weiterhin möchte die Mehrheit der Befragten nicht ausschließlich im Homeoffice arbeiten. Zwei bis drei Tage sind ausreichend. „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass extrinsische und materielle Anreize maßgeblich dafür sind, wie attraktiv die Beschäftigten ihre Stelle empfinden“, sagt Prof. Dr. Isabella Proeller, Inhaberin des Lehrstuhls für Public und Non-profit Management an der Universität Potsdam und wissenschaftliche Leiterin der Studie. „Eine große Rolle spielen vor allem die Bezahlung, die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, Arbeitszeitflexibilisierung und der Pensionsanspruch.“

Bemerkenswert sei, dass starre Hierarchien und Bürokratie im Großen und Ganzen nicht darüber entscheiden, ob jemand sich einen anderen Job sucht und kündigt, berichtet Proeller. Aber: Das Engagement beeinträchtigen sie durchaus. „Ich bin erleichtert, dass starre Hierarchien und Bürokratie nicht im großen Stil das Personal vergraulen“, unterstreicht Matthäus Fandrewski, Vorsitzender der dbb jugend. „Diese Erkenntnis hat mich überrascht. Natürlich muss sich der öffentliche Dienst trotzdem moderner aufstellen, damit das auch so bleibt und wir die Motivation der Beschäftigten verbessern.“



© Vanessa Wunsch Photography

### Ranking

#### Top-20-Faktoren für Zufriedenheit im Beamtenstatus

Das Ranking basiert auf der relativen Wichtigkeit, die Studienteilnehmende den Faktoren beimessen.

1. Jährliche Lohnsteigerungen
2. Flexible Arbeitszeitgestaltung
3. Pensionsansprüche
4. Arbeitstage im Homeoffice
5. Qualität der technischen Ausstattung
6. Vertraglich festgelegte Regelarbeitszeit
7. Arbeitsplatzsicherheit
8. Verlässlichkeit der Arbeitszeiten
9. Aufstiegs- und Entwicklungsperspektiven
10. Planbarkeit der Aufgaben und Tätigkeiten
11. 4-Tage-Woche (bei vollem Lohnausgleich)
12. Quantität der technischen Ausstattung
13. Büro-/Arbeitsplatzkonzept
14. Gebäudeinfrastruktur
15. Körperliche Aktivität im Arbeitsalltag
16. Verpflegungsmöglichkeiten
17. Sachbezüge
18. Sportangebote
19. Schlanke Handlungsvorschriften und Dokumentationspflichten
20. Streikrecht

Die Studie „Flexibel, digital, gut bezahlt?! Wie der öffentliche Dienst seine Mitarbeitenden bindet“ zum Download: [t1p.de/dbbjstudie](https://t1p.de/dbbjstudie)



Die Studie habe bislang einzigartige und vielschichtige Erkenntnisse zu den Motivationsfaktoren junger Beamtinnen und Beamter geliefert. „Ich freue mich sehr über die rege Beteiligung der Fachgewerkschaften. Unsere Mitglieder bewegen sich tagtäglich im öffentlichen Dienst und wissen, wovon sie sprechen. Diese Expertise ist von unschätzbarem Wert.“

Sandra Heisig, stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend und zuständig für Beamtenpolitik, ergänzt: „Die Studie stellt unsere Forderungen auf ein wissenschaftliches Fundament. Es gibt nun einen klaren Fahrplan, um den öffentlichen Dienst für die Fachkräfte der Zukunft aufwerten zu können. Mit Blick auf die aktuelle Einkommensrunde Bund und Kommunen ist klar: Antworten auf den Fachkräftemangel sind eine attraktive Besoldung, die den Anforderungen gerecht wird, und die Einführung von Arbeitszeitkonten für mehr Flexibilität!“



Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung

## New Work und politische Beben

Eine Woche nach Trump-Wahl und Ampel-Aus trafen sich die dbb frauen zu ihrer Hauptversammlung in Wiesbaden. Der Termin hätte kaum besser gewählt sein können.



Milanie Kreutz, Diana Wedemeier, Vorsitzende der Frauenvertretung des DBB NRW, Julia Herz, Nadine Gersberg und Wiebke Knell diskutierten über neue Arbeitsformen.

© dbb

Die dbb frauen haben in den vergangenen Monaten bundesweit und international Präsenz gezeigt, neue Bündnisse geschmiedet und bestehende Partnerschaften verstärkt. Allerdings zeichnete sich auch ab, dass durch die vorgezogenen Neuwahlen einiges ins Wanken gerät. dbb frauen Chefin Kreutz betonte: „Uns ist klar, dass der bevorstehende Wahlkampf sehr kurz wird. Aber das ist kein Grund, Gleichstellungsthemen unter den Tisch fallen zu lassen. Gleichstellung muss bei der Neuaufstellung der Regierung eine hohe Bedeutung haben.“ Gerade bei der Neubesetzung von politischen Ämtern dürfe die Parität nicht aus dem Sichtfeld verschwinden.

### Ungewissheit und Frust

dbb Tarifchef Volker Geyer gab einen Ausblick auf die Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen. Bei den Forderungen des dbb liegt der Fokus neben einer allgemeinen Erhöhung der Entgelte auf der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Allerdings bringt das Ampel-Aus einen Faktor der Ungewissheit in die kommenden Verhandlungen. So liegen die angekündigten Neuwahlen zwischen der zweiten und dritten Verhandlungsrunde. Auch wer dem dbb als Verhandlungsführer des Bundes gegenüber sitzen wird, war zum Zeitpunkt der Tagung noch unklar. „Die vorgezogenen Neuwahlen sind für uns in keinem Bereich förderlich“, resümierte Geyer.

Neben dem amerikanischen und bundespolitischen Beben hatte es nur zwei Tage vor der Hauptversammlung auch in Hessen gekracht, da die Landesregierung die gesetzlich beschlossene Anpassung der Beamtenbesoldung an den Abschluss des TV-H im Rahmen eines Sparprogramms von August auf Dezember 2025 verschoben hat. Sonja Waldschmidt, Vorsitzende der Frauenvertretung des dbb Hessen, und Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen, kritisierten die Entscheidung scharf: Die gebrochene Vereinbarung stelle einen Vertrauensbruch dar. Weiterhin kritisierte Waldschmidt, dass Frauen nicht nur in den Ministerien

fehlen, sondern auch in den Ministerienbezeichnungen nicht vorkommen.

### Teilzeit bedeutet nicht Teilleistung

Heike Hofmann, hessische Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales, sprach sich in ihrem Grußwort für einen Wandel in der Arbeitskultur aus: „Digitalisierung und Fachkräftemangel sind Herausforderungen, die nur mit nachhaltiger und gleichstellungsorientierter Personalpolitik zu stemmen sind.“ Noch immer bleibe ein großes Potenzial hervorragend qualifizierter Frauen unberücksichtigt. „Wir brauchen einen Wandel in unserer Arbeitskultur. Das heißt: noch mehr Arbeitszeitmodelle, damit Frauen und Männer gleichermaßen Zeit für die Familie haben, außerdem teilende Führung und Teilzeitführung.“ Als Teil der Landesregierung setze sie sich intensiv dafür ein, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung zu erhöhen. Den dbb frauen dankte Hofmann für ihr Engagement im Interesse der weiblichen Beschäftigten.

Um neue Arbeitswelten ging es auch in der Podiumsdiskussion zwischen Nadine Gersberg MdL, sozialpolitische Sprecherin der SPD, Julia Herz MdL, Sprecherin für Frauen- und Gleichstellungspolitik, Jugend und Grundschulen der Grünen, und Wiebke Knell MdL, Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Diversity der FDP. Die drei diskutierten mit Milanie Kreutz und Vertreterinnen der dbb frauen über das Thema „Gleichstellung in der Arbeitswelt: New Work, Vereinbarkeit und Frauen in Führung“. Für die dbb frauen Chefin bedeutet New Work Selbstbestimmung, Sinnstiftung und Agilität: „Damit die Frauen den vollen Nutzen aus New Work ziehen können, müssen mehrere Mechanismen greifen“, erklärte sie. „Arbeitgebende müssen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit ermöglichen. Wir müssen weg vom Dogma der Präsenzpflcht, in dem Arbeitszeit einen höheren Stellenwert als die eigentliche Arbeitsqualität hat.“ Teilzeit bedeute nicht Teilleistung, betonte Kreutz.

dsc

BAGSO-Jahrestagung in Mannheim

# Auf dem Weg zur altersfreundlichen Kommune

In Europa und weltweit machen sich Kommunen auf den Weg, um ein nachhaltiger und zukunftsorientierter Lebensort für Menschen aller Generationen zu werden. Wie ältere Menschen an der Entwicklung von altersfreundlichen Kommunen beteiligt werden können, war Thema der Jahrestagung der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen am 6. November 2024.



Model Foto: Jan Sluimer/Colourbox.de

**A**m Vortrag fand die BAGSO-Mitgliederversammlung mit rund 70 Vertreterinnen und Vertretern aus den BAGSO-Verbänden statt, zu denen auch der dbb gehört. Für die dbb bundesseuniorenvertretung nahm Dr. Horst Günther Klitzing als stimmberechtigtes Mitglied teil. Bei der Wahl des Vorstands bestätigten die Mitglieder Dr. Regina Görner als Vorsitzende der BAGSO. „Die BAGSO ist die kraftvolle Stimme der Älteren. Unsere mehr als 120 Mitgliedsverbände sind ein Spiegel der Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt und Breite“, sagte Görner. „Gemeinsam setzen wir uns für die Interessen älterer Menschen ein, in sachlichem Austausch und respektvollem Umgang mit unterschiedlichen Positionen. Dies ist heute leider nicht mehr selbstverständlich.“

In ihrem Amt bestätigt wurden die stellvertretenden Vorsitzenden der BAGSO, Karl Michael Griffig (Kolpingwerk Deutschland), und Jens-Peter Kruse (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit). Als Beisitzer wiedergewählt wurden Margit Hankewitz

(Sozialwerk Berlin), Hermann Allroggen (Arbeiterwohlfahrt) und Katrin Markus (Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen). Neu in den Vorstand gewählt wurde Norbert Theobald, den die SPD AG 60plus vorgeschlagen hat.

Bei der Fachtagung „Partizipative Stadtentwicklung: altersfreundlich, gemeinschaftsfördernd und zukunftsorientiert“ stellten sich Kommunen vor, die ältere Menschen aktiv in die Gestaltung ihres Umfelds eingebunden haben. Einige von ihnen, wie zum Beispiel Stuttgart, sind Teil des globalen Netzwerks „Altersfreundliche Stadt“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO). An dem grenzübergreifenden Austausch beteiligten sich Gäste aus zwölf europäischen Ländern. Neben Beispielen von Kommunen berichteten auch nationale Netzwerke altersfreundlicher Städte von ihren Erfahrungen, etwa aus Großbritannien, Slowenien und Spanien. Die Fachtagung wurde von der Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik der BAGSO durchgeführt und ist ein Beitrag zur Dekade des gesunden Alterns der Vereinten Nationen. ■

## Werbungskosten

### Gewerkschaftstätigkeit ist absetzbar

Aufwendungen fürs Ehrenamt bei der Gewerkschaft sind auch im Ruhestand steuerlich absetzbar.

Eine pensionierte Lehrerin, die ehrenamtlich gewerkschaftlich tätig war, hatte in ihrer Einkommensteuererklärung für das Jahr 2016 Aufwendungen für diese Tätigkeit als Werbungskosten bei ihren Versorgungsbezügen geltend gemacht. Dem hatte das zuständige Finanzamt nicht stattgegeben. Der Bundesfinanzhof gab der Klägerin hingegen recht: Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen. Sie liegen vor,

wenn zwischen den Aufwendungen und den Einnahmen ein Veranlassungszusammenhang besteht. Der liegt vor, weil die Gewerkschaftstätigkeit und die dadurch bedingten Aufwendungen auch auf die Verbesserung der Einkünfte als Ruhestandsbeamtin zielen. Der Verweis auf das Urteil im Rahmen eines Einspruchs führte im Falle eines Mitglieds der dbb bundesseuniorenvertretung zur Änderung des Festsetzungsbescheids der Einkommensteuer.

(Urteil vom 28. Juni 2023, VI R 17/21 zum Urteil: [t1p.de/werbungskosten\\_beamte](https://t1p.de/werbungskosten_beamte))





## Forschung in Europa

# Pläne zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Die Europäische Union muss ihre globale Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit stärken. Dazu sollen exzellente Forschung, effektive Innovationen und die Förderung von Technologie-Scale-ups intensiviert werden. Diese Maßnahmen sind Teil von zwölf Empfehlungen, die der EU-Kommission vorgelegt wurden, um das Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont Europa“ und dessen Nachfolgeprogramm zu optimieren.

Eine Gruppe von 15 Experten, angeführt vom ehemaligen portugiesischen Staatssekretär für Wissenschaft, Technologie und Hochschulbildung, Manuel Heitor, hat den Bericht „Align, Act, Accelerate: Forschung, Technologie und Innovation zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ verfasst. In diesem Bericht betonen sie den „europäischen Mehrwert“ von Forschung und Innovation und legen Vorschläge vor, die unter anderem einen gesamtstaatlichen Ansatz zur Koordinierung von Forschung und Innovation mit den EU-Strategien, die Förderung disruptiver Innovationen durch spezielle Programme sowie eine stärkere finanzielle Unterstützung für Spitzenforschung und Innovationen umfassen. Zusätzlich sollen Bürokratie verringert und internationale Partnerschaften strategischer gestaltet werden.

Kritisch betrachtet sind diese Vorschläge zwar ambitioniert; doch die bisherige Praxis der EU-Kommission lässt Zweifel

an der Umsetzung aufkommen. Die europäische Innovationspolitik hat mit Bürokratie und fehlender Flexibilität zu kämpfen. Das Versprechen, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, wurde in der Vergangenheit wiederholt gegeben, ohne dass sichtbare Erfolge erzielt wurden. Zudem bleibt fraglich, ob die vorgeschlagenen Programme tatsächlich ausreichen, um Europas globale Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Die internationale Konkurrenz, insbesondere aus den USA und China, hat oft schneller auf technologische Veränderungen reagiert. Auch die Finanzierung bleibt ein neuralgischer Punkt. Die Experten fordern ein größeres, fokussiertes Budget, doch die politische Realität in der EU, geprägt von Sparmaßnahmen und unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten, könnte diese ambitionierten Ziele behindern. Trotz aller Empfehlungen scheint die EU-Kommission oft nicht in der Lage, die dringend notwendigen Reformen tatsächlich umzusetzen. *en*

## EWSA-Stellungnahme

### Europäisches KI-Gesetz voranbringen

Nationale Behörden seien so auszustatten, dass sie die Einhaltung des KI-Gesetzes sicherstellen, fordert der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in einer neuen Stellungnahme. Das europäische KI-Gesetz ist die erste umfassende Regulierung der künstlichen Intelligenz weltweit. In Europa gibt es zwar hochinnovative Firmen und Projekte in dieser wichtigen Technologie. Im Vergleich zu den USA und Asien droht Europa jedoch den Anschluss zu verlieren. Der EWSA spricht sich deshalb in einer am 23. Oktober verabschiedeten Stellungnahme der deutschen Berichterstatterin Sandra Parthie vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) für ein besseres Umfeld für die KI aus. Die Stellungnahme betont, dass Europa, um im Sektor der Allzweck-KI wettbewerbsfähig zu bleiben, in sichere Konnektivität sowie

in eine robuste Infrastruktur und Lieferketten investieren muss. Es ist ebenso wichtig, die Konformität der Auswirkungen generativer KI mit europäischen Werten und Anforderungen zu gewährleisten. Daher empfiehlt der EWSA, Dialoge mit Stakeholdern, einschließlich Sozialpartnern, zu Verhaltenskodizes am Arbeitsplatz und Arbeitnehmerrechten zu führen. Diese Gespräche sollen im Kontext der Globalen Partnerschaft für KI stattfinden, die im Juni 2020 mit Deutschlands Initiative auf internationaler Ebene ins Leben gerufen wurde. Weiter seien Investitionen nötig, um den Anschluss im globalen Wettbewerb zu halten. Ferner müssten die nationalen Behörden über die erforderlichen Ressourcen verfügen, um die Bestimmungen des KI-Gesetzes zu überwachen und durchzusetzen.



## Beamte – Fragen und Antworten

# Welche Auswirkungen hat es auf das Ruhegehalt, wenn zusätzlich noch Anspruch auf eine Rente besteht?

Beim Bezug zusätzlicher Renten neben den Versorgungsbezügen sieht das Beamtenversorgungsrecht begrenzende Regelungen vor. Diese beinhalten, dass bei Überschreiten einer Höchstgrenze die Versorgungsbezüge anteilig ruhend gestellt werden, um keine Besserstellung gegenüber denjenigen zuzulassen, deren Altersversorgung allein auf der Beamtenversorgung – mit der Begrenzung auf das Höchstruhegehalt – beruht. Als Höchstgrenze gilt – vereinfacht zusammengefasst – der Betrag, der sich als Ruhegehalt ergibt, wenn der Berechnung die Endstufe der betreffenden Besoldungsgruppe und sämtliche Beschäftigungs- und Dienstzeiten bis zum Eintritt des Versorgungsfalls zugrunde gelegt werden. Zumeist wird die Höchstgrenze 71,75 Prozent der jeweils ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge betragen, mithin dem höchstmöglichen Ruhegehalt der erreichten Besoldungsgruppe entsprechen.

Bei der Hinterbliebenenversorgung gilt die Höchstgrenze entsprechend den zusätzlich für das Witwen- oder Waisengeld geltenden Bemessungen. Kinderzuschläge sowie beamtenrechtliche Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) erhöhen die Höchstgrenze entsprechend. Ist das zugrunde liegende Ruhegehalt um einen

Versorgungsabschlag gemindert, ist diese prozentuale Minderung auch bei der Festsetzung der Höchstgrenze zu berücksichtigen. Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen, Zusatzversicherungsrenten des öffentlichen Dienstes, teilweise auch Landwirtschaftsrenten sowie Unfallrenten, werden bei der Anrechnung berücksichtigt. Wird dagegen eine solche Rente nicht beantragt oder auf sie verzichtet, wird dennoch der Betrag zugrunde gelegt, den der Leistungsträger zu zahlen hätte. Rentenanteile, die auf eigenen, freiwilligen Beiträgen oder Höherversicherung beruhen, bleiben jedoch unberücksichtigt. Außerhalb des öffentlichen Dienstes erworbene Betriebsrenten sowie selbst finanzierte Renten- oder Lebensversicherungen bleiben bei der Anrechnung außen vor. Anrechnungsfrei sind schließlich für Ruhestandsbeamte etwaige Hinterbliebenenrenten aus Beschäftigung des verstorbenen Ehegatten sowie für Witwen- und Waisengeldbezieher die Renten aus eigener Beschäftigung. *wa*

Model Foto: Colourbox.de

## Aus dem Personalratsalltag – wir. für euch.

# Mit Anregungen zum Personalrat

Der Personalrat erfüllt die gesetzliche Aufgabe, Anregungen und Beschwerden der Beschäftigten entgegenzunehmen. Das Anregungs- und Beschwerderecht der Beschäftigten gegenüber dem Personalrat ist damit ein zentrales Element der Beteiligung im öffentlichen Dienst. Das Anregungsrecht ermöglicht es den Beschäftigten, Vorschläge und Ideen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Organisation oder des Dienstklimas zu machen. Diese können allgemeiner Natur sein, beispielsweise zur Verbesserung der Arbeitsabläufe, aber auch spezifische Anliegen umfassen, die einzelne Beschäftigte betreffen. Der Personalrat ist verpflichtet, diese Anregungen ernst zu nehmen und sich damit auseinanderzusetzen. Gegebenenfalls muss mit der Dienststellenleitung ein gemeinsames Ergebnis gefunden werden. Dies fördert neben Teilhabe der Kolleginnen und Kollegen auch eine höhere Zufriedenheit und Motivation. Sind Beschäftigte mit bestimmten Entscheidungen oder Handlungen der Dienststelle oder dem Verhalten von Kolleginnen und Kollegen nicht einverstanden, steht ihnen das

Recht zu, sich darüber beim Personalrat zu beschweren. Dies kann etwa die Ablehnung von Anträgen oder die tatsächlichen Arbeitsbedingungen betreffen. Der Personalrat ist verpflichtet, die Beschwerden entgegenzunehmen, zu prüfen und, falls er das Anliegen für berechtigt hält, sich für die Belange der Beschäftigten einzusetzen. Anregungen und Beschwerden können in der Regel formlos erfolgen; oft gibt es dafür aber auch Formulare oder Ansprechpartner im Personalrat. Die Fristen für die Bearbeitung sind nicht immer gesetzlich festgelegt, jedoch sollten der Personalrat und die Dienststelle zeitnah reagieren und auf jeden Fall regelmäßig über den Sachstand informieren, um das Vertrauen der Beschäftigten zu wahren.

Das Anregungs- und Beschwerderecht fördert die Kommunikation zwischen Beschäftigten, Personalrat und Dienststelle. So wird sichergestellt, dass Ideen, Meinungen, Sorgen und Nöte der Beschäftigten nicht nur gehört, sondern auch beachtet werden.



Interview mit Claus Weselsky

# „Weiterentwicklung ist lebenswichtig.“

Unter dem Motto „Jetzt durchstarten“ präsentiert die dbb akademie ihr neues Seminarprogramm 2025. Der begleitende Podcast mit Claus Weselsky vermittelt leidenschaftlich, warum Weiterbildung einfach zum Leben dazugehört. Hier ein Auszug.

**I**m Interview zwischen dem ehemaligen GDL-Vorsitzenden Claus Weselsky und dem Geschäftsführer der dbb akademie, Oliver Schieck, erfahren wir nicht nur Anekdoten aus Weselskys Leben und seine ganz persönlichen Seminarempfehlungen, sondern auch die neusten Infos über das Jahresprogramm 2025 der dbb akademie.

**OS:** Herr Weselsky was würden Sie sagen, welchen Stellenwert hat Weiterbildung für Sie persönlich?

**CW:** Weiterbildung ist für mich ein Prozess, der uns das ganze Leben lang begleitet. Ich lerne immer. Egal wo ich bin, in einer Sitzung, in einem Gremium, in einem Seminar – ich kann immer etwas mitnehmen.

**OS:** Es ist spannend, dass Sie das auch so sehen. Ich weiß, dass Sie auch schon Seminare der dbb akademie besucht haben. Was ist Ihnen in besonderer Erinnerung geblieben?

**CW:** In besonderer Erinnerung geblieben ist mir der Zertifikatskurs Gewerkschaftsmanagement, den Peter Heesen und mein Vorgänger Manfred Schell gemeinsam entwickelt haben. In meiner Abschlussprüfung saßen beide in der Prüfungskommission und ich war gerade von Manfred Schell als Referent für die Tarifabteilung der GDL eingestellt worden. Der Druck und meine Aufregung waren entsprechend groß. Die Prüfung ist gut gelaufen, aber



das Wichtigste war: Der Kurs hat mir ein ausgezeichnetes Rüstzeug für meine Arbeit als Gewerkschaftler gegeben.

Bei der GDL gibt es bis heute eine eiserne Regel. Sowohl der geschäftsführende Vorstand, als auch der Hauptvorstand und alle Referenten besuchen den Gewerkschaftsmanager, sodass ein einheitlicher Ausbildungsstand vorhanden ist.

**OS:** Für uns bedeutet es eine große Anerkennung, dass diese Seminarreihe bis heute ein so wichtiger Teil der Führungskräfteentwicklung bei der GDL ist. Was bedeutet gute Führung für Sie und warum ist Weiterbildung für Führungskräfte generell wichtig?

**CW:** Führung ist von enormer Bedeutung. Sie braucht mensch-

liche Qualitäten, pädagogische Fähigkeiten und Fachwissen. Die Fähigkeit, Menschen mitzunehmen und zu begeistern, ist aus meiner Sicht eine Grundvoraussetzung. Führungskräfte müssen Vorbild sein, auch im Hinblick auf ihre Lernbereitschaft. Denn: Wer rastet, der rostet!

**OS:** Genau aus diesem Grund ist auch 2025 das Thema Führung ein wichtiger Bestandteil unseres Seminarangebots. Hier haben wir zwei Seminarreihen. Zum einen das „Leadership Bootcamp“ und zum anderen „Leadership 360°“. Beide bereiten umfassend und praxisnah auf die Herausforderungen moderner und gesunder Führung vor. Einen kleinen Vorgeschmack kann jeder bei unseren Expertentalks erhalten. Die kostenfrei-

en Kurzwebinare werden am 5. und 6. Februar 2025 stattfinden. Die Expertentalks geben einen fokussierten Einblick in unsere Topseminare. Dabei geht es nicht nur um Führung, sondern auch um Rechtsthemen, Kommunikation, Gesundheit und nicht zuletzt ist das Thema künstliche Intelligenz eines unserer Schwerpunkte für 2025.

**CW:** Das hört sich nach spannenden Themen an. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei! ■

## Podcast

Zu dem zum Interview dazugehörigen Podcast gelangen Sie über folgenden QR-Code:



Podcast





dbb  
akademie

# Unser Wissen. Dein Erfolg!



## Jetzt durchstarten mit neuen Lehrgängen in 2025:

- KI intensiv – auf dem Weg zum KI- Profi (Level 1 & 2)!
- Experte für betriebliches Gesundheitsmanagement in Kooperation mit der Universität Wuppertal
- Wirksame Personalgewinnung in Zeiten des Fachkräftemangels

Und vieles mehr, wie Leadership, Konflikte lösen, TVöD/TV-L finden Sie hier >>>

Jetzt hier  
anmelden



Durchstarten im öffentlichen Dienst.



[www.dbbakademie.de](http://www.dbbakademie.de)

## Immobilienfinanzierung

## Ein Schritt von großer Tragweite

Viele träumen von den eigenen vier Wänden.  
Das dbb vorsorgewerk hilft bei der richtigen Entscheidung.



Model Foto: Syda Productions/Colourbox.de

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt bleibt angespannt, die Mieten steigen weiter. Seit 2010 betrug der Anstieg bei Neuvermietungen in Großstädten 70 Prozent. Für bestehende Mietverhältnisse gingen die Nettokaltmieten um rund 20 Prozent rauf (Quelle: DIW). Da wundert es nicht, dass vor allem Paare und junge Familien die Alternative in Erwägung ziehen, Wohneigentum zu erwerben. Obwohl die Bau- und Grundstückspreise ebenfalls gestiegen sind, sprechen eine Immobilie als Altersvorsorge und wertbeständige Vermögens-

anlage sowie das unabhängige Wohnen weiterhin für den Erwerb eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung.

Hat man es geschafft, ein tragfähiges Finanzkonzept für den gewünschten Immobilienkauf aufzustellen, steht die (Qual der) Wahl eines Baufinanzierers an. In der Regel nimmt man ein Darlehen für eine private Baufinanzierung nur einmal im Leben auf, ein enormer Druck für die zukünftigen Eigentümer, die sich einer schier unüberschaubaren Palette an Informationen und Angeboten ausgesetzt sehen. Hilfreich

sind Empfehlungen und Erfahrungen von Freunden, Kollegen oder der Verbraucherzentralen.

## Günstig – fair – nah

Das dbb vorsorgewerk und sein exklusiver Kooperationspartner, die BBBank, stehen ebenfalls als Ansprechpartner bereit. Im Sommer 2024 wurde die BBBank vom Deutschen Institut für Service-Qualität und ntv als „Top Baufinanzierer“ ausgezeichnet. Eine Auszeichnung, die sowohl leistungsstarke Produkte zu Topkonditionen als auch überdurchschnittlichen Service belegt.

Die Stiftung Warentest begutachtet in der Dezemberausgabe 2024 der Zeitschrift „finanztest“ Darlehen für Immobilien. Die BBBank hatte in diesem Kreditvergleich bei den Varianten mit zehn Jahren Laufzeit (80- und 90-Prozent-Finanzierung) den geringsten Effektivzins.

## Bester BBBank-Zins

Arbeitet der Kreditnehmer im öffentlichen Dienst, wird zusätzlich stets ein Zinsrabatt von 0,1 Prozent gewährt. Für alle dbb Mitglieder und ihre Angehörigen gibt es weiterhin den „besten BBBank-Zins“. Dank dieses bis 2025 verlängerten Aktionsangebots kann man ein fremdes Baufinanzierungsangebot bei der BBBank einreichen. Die BBBank wird sodann ein entsprechendes Angebot zu einem günstigeren Zinssatz unterbreiten.\*

## Online-Rechner

Über [dbb-vorteilswelt.de](http://dbb-vorteilswelt.de) gelangt man zum praktischen Baufinanzierungsrechner. Damit lassen sich für das individuelle Vorhaben, sei es Neubau, Kauf, Anschlussfinanzierung oder Modernisierung, je nach Baukosten, Eigenkapital und Nebenkosten der effektive Jahreszins und die monatliche Rate ermitteln. Oder man vereinbart eine Beratung, zum Beispiel zu aktuellen Förderprogrammen. ■

\* Genaue Konditionen auf [www.dbb-vorteilswelt.de/baufinanzierungen](http://www.dbb-vorteilswelt.de/baufinanzierungen)

## Tipp

## Sicher ist sicher

Nach dem Einzug ins Wohneigentum stehen Vorsorge und Absicherung auf der Agenda. Das dbb vorsorgewerk bietet für alle wichtigen Bereiche leistungsstarke Angebote. Zuerst hat man alles sauber für unvorhersehbare Ereignisse zu regeln. Die Hauptverdiener sollten für die Familie eine Risiko-Lebensversicherung abschließen. Mit dieser günstigsten Form der Existenzsicherung ist die Rückzahlung einer noch laufenden Immobilienfinanzierung abgesichert. Für die wertvolle Immobilie sind Hausrat- und Wohngebäudepolice – beide mit Schutz gegen Elementarschäden – unverzichtbar. Die eigene Arbeitskraft ist die Basis dafür, die Immobilienfinanzierung zu stemmen. Fällt

das Einkommen aus vorher nicht absehbaren Gründen weg, stünde das Wohneigentum auf der Kippe, wenn man es nicht abgesichert hat.

Die Punkte für die Checkliste wären hier: Dienst- beziehungsweise Berufsunfähigkeitsversicherung, Unfallversicherung und Berufs-/Diensthaftpflichtversicherung. Um sein Vermögen auch im Streitfall geschützt zu wissen, dürfen Privathaftpflichtpolice und Rechtsschutzversicherung nicht fehlen. Alle genannten Versicherungen können dbb Mitglieder und ihre Angehörigen über das dbb vorsorgewerk mit attraktiven Mitgliedervorteilen abschließen. Telefonisch montags bis freitags von 10 Uhr bis 16 Uhr unter 030.40816444 oder auf [www.dbb-vorteilswelt.de/versicherung](http://www.dbb-vorteilswelt.de/versicherung).

## Fall des Monats

# Die zu gut bewertete Mitbewerberin



Model Foto: Vitaliy Nykolyshyn/Colourbox.de

Das Verwaltungsgericht Gießen hat in einem Rechtsstreit zwischen zwei Bewerbern um eine Beförderungsstelle entschieden. Der unterlegene Bewerber hatte beantragt, eine einstweilige Anordnung zu erlassen, um die Beförderung der Mitbewerberin zu verhindern. Neben dem Antragsteller hatte sich auch die Mitbewerberin um die Beförderungsstelle beworben. Der Dienstherr wollte ihr die Stelle geben, da ihre Beurteilung im Vergleich zum Antragsteller deutlich besser ausfiel. Der Antrag, den das Dienstleistungszentrum West des dbb für den unterlegenen Bewerber gestellt hatte, argumentierte, dass die Beurteilung der Mitbewerberin rechtlich fehlerhaft sei und nicht als Grundlage für die Auswahlentscheidung dienen dürfe. Insbesondere sei unklar, warum die Mitbewerberin nach ihrer letzten Beförderung eine bessere Beurteilungsnote erhalten habe, obwohl normalerweise erwartet werde, dass die Bewertung in einem höheren Amt formell schlechter ausfällt, da dort höhere Anforderungen gestellt werden.

Das Gericht folgte dieser Argumentation in seinem Beschluss vom 23. Oktober 2024 (5 L 1083/24.GI) im Wesentlichen und entschied, dass die Beurteilung der Mitbewerberin rechtliche Bedenken aufwerfe. Die Richter erklärten, dass ein höheres Amt in der Regel auch höhere Anforderungen und mehr Verantwortung mit sich bringe. Dadurch würden bei gleichbleibender Leistung in der neuen, höheren Position formell schlechtere Beurteilungen entstehen als in der vorherigen Position. Das gelte auch dann, wenn der Beamte auf demselben Dienstposten befördert wurde und weiterhin die gleichen Aufgaben hat, da die Leistungen nun anhand eines anspruchsvolleren Maßstabs bewertet würden und der Beamte sich mit einer leistungsstärkeren Vergleichsgruppe messen lassen müsse. Im vorliegenden Fall erhielt die Mitbewerberin im niedrigeren Amt eine schlechtere Gesamtnote als in ihrer aktuellen Bewertung im höheren Amt. Das Gericht betonte, dass solch ein deutlicher Leistungsprung eine detaillierte Erklärung erfordere. Da diese Erklärung im konkreten Fall fehlte, durfte die Auswahlentscheidung nicht auf dieser Beurteilung beruhen.

## dbb Dienstleistungszentren

Der dbb gewährt Einzelmitgliedern seiner Mitgliedsgewerkschaften berufsbezogenen Rechtsschutz. Zuständig dafür sind die Juristinnen und Juristen der dbb Dienstleistungszentren in Berlin, Bonn, Hamburg, Nürnberg und Mannheim. Im „Fall des Monats“ gewährt das dbb magazin Einblick in deren Arbeit.



dbb vorsorgewerk dbb vorteilswelt  
Beste Vorteile. Beste Marken. Beste Rabatte.

Für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen

## EXKLUSIVE VORTEILE

Willkommen im dbb vorteilsClub!  
Dank Club-Mitgliedschaft stehen Ihnen künftig neue und attraktive Angebote zur Verfügung.

- ✓ Shopping- und Erlebnisangebote in über 350 Markenshops
- ✓ Newsletter: Keine Mitgliedervorteile verpassen
- ✓ dbb autoabo: Eine Rate - alles drin

### SHOPPING- & ERLEBNIS-RABATTE

bis zu 20% RABATT

home24

bis zu 20% RABATT



bis zu 25% RABATT

WMF

Stand: 13. November 2024, Angebote freibleibend

### TIPP: 8% Mitgliedsvorteil

Rundum sorglos fahren im neuen dbb autoabo | Powered by FINN:

- ✓ Rundum-Sorglos-Service
- ✓ Deutschlandweite Lieferung und Abholung
- ✓ Flexible Laufzeiten

z.B. JEEP AVENGER ab 317€<sup>1</sup> pro Monat inkl. MwSt.



### REISEN SELECT

Die Alternative zum Reisebüro!

In der dbb vorteilswelt finden Sie ein kuratiertes Angebot an außergewöhnlichen Reisen: **Reisen Select**. Nutzen Sie tolle Angebote mit vielen Vorteilen, wie z.B. E-Bike-Touren durch die Provence, Schlemmerreisen im Piemont und Safaris an den schönsten Orten Afrikas. **Alle Angebote unter: dbb-vorteilswelt.de/select**

Stand: 13.11.2024, Angebote freibleibend

<sup>1</sup> Der angegebene Preis bezieht sich auf eine monatliche Rate von 345€ abzüglich 8% Preisnachlass für das Jeep Avenger Modell mit Anzahlung im dbb autoabo bei einer Laufzeit von 12 Monaten und einer Inklusivleistung von 500 km pro Monat. Zzgl. Lieferkosten in Höhe von 249€. Alle Preise verstehen sich inkl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Die ausgewiesene monatliche Rate von 317€ ist inklusive des Rabatts für dbb Mitglieder und ihre Angehörigen zu verstehen. Preisänderungen vorbehalten.



[dbb-vorteilswelt.de/club](https://dbb-vorteilswelt.de/club)



## Im Gespräch: Katarina Peranić, Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

# Das Ehrenamt leidet unter Bürokratie

**Von der freiwilligen Feuerwehr bis zur Elternvertretung an der Schule: Staatliche Daseinsfürsorge ist ohne Ehrenamt praktisch unvorstellbar, oder?**

Ja, das gilt ganz besonders auf dem Land, wo die Daseinsvorsorge sehr viel enger mit der lokalen Zivilgesellschaft verschränkt ist als in der Stadt. Die freiwillige Feuerwehr ist ein klassisches Beispiel – ein ehrenamtliches Engagement zur Erfüllung einer Pflichtaufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. Aber auch Mobilität, Gesundheit, Freizeitgestaltung, Sport und Bewegung sind Felder, in denen sich Bürgerinnen und Bürger engagieren und so auch für lebenswerte Gemeinden, Dörfer und Quartiere sorgen. Bürgerschaftlich Engagierte und Ehrenamtliche aber füllen nicht irgendwie nur die Lücken, die der Sozialstaat offen lässt. Sie gestalten das Miteinander vor Ort. Sie machen die Gesellschaft im Kleinen zu ihrer Angelegenheit und entwickeln dabei viele kreative Lösungen, die auch wieder auf die Strukturen der Daseinsvorsorge zurückwirken und zu deren Bedarfsgerechtigkeit und Krisenresilienz beitragen.

**Wenn ehrenamtliches Engagement diese enorme gesellschaftliche Bedeutung hat, wie kann es sinnvoll politisch gefördert werden?**

Zum einen wäre die Eigensinnigkeit bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts nicht als sperrige Renitenz, sondern als Chance zu verstehen – für neue, kreative Lösungen, für tätige Mitgestaltung und praktische Teilhabe. Ziel der Engagementförderung sollte es sein, diese Chancen zu nutzen und die Bürgerinnen und Bürger in ihren Vereinen und Initiativen dabei zu unterstützen, kreative Lösungen für konkrete Probleme zu entwickeln, denen sie im Alltag begegnen, den gesellschaftlichen Wandel so vor Ort aktiv mitzugestalten und dabei Mitmachmöglichkeiten für alle zu eröffnen. Zum anderen wäre es wichtig, Engagement und Ehrenamt nicht unnötig zu erschweren: Die bürokratische Belastung des Ehrenamts etwa ist enorm – 42 Tage im Jahr verbringen Engagierte eines mittelgroßen Vereins damit, bürokratischen Anforderungen gerecht zu werden. Das ist deutlich zu viel! Und auch die Bürokratie, die unbedingt notwendig ist, sollte überdacht werden. Im Beteiligungsprozess zur neuen Engagementstrategie des Bundes wünschten sich Engagierte eine wertschätzende, lösungsorien-

tierte Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung. Leider berichten sie viel zu oft vom genauen Gegenteil: Überheblichkeit und Geht-nicht-Mentalität. Das muss sich ändern! Und schließlich wären auch Anreize für das Engagement von Unternehmen sinnvoll. Bei der Eingangsfrage, ob Daseinsvorsorge ohne Ehrenamt eigentlich denkbar wäre, wurde ja schon deutlich, dass der Staat allein es nicht richten können. Die Gestaltung lebenswerter Gemeinden, Dörfer und Städte ist eine Gemeinschaftsaufgabe, aus der sich die Wirtschaft nicht raushalten sollte.



Katarina Peranić ist Mitglied im Gründungsvorstand der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE). Sie ist diplomierte Politikwissenschaftlerin und zertifizierte Stiftungsmanagerin und setzt sich insbesondere für sozial-digitale Innovationen und Wissenstransfer im Ehrenamt ein.

**Was können (staatliche) Arbeitgebende tun, um ehrenamtliches Engagement ihrer Beschäftigten zu fördern? Welche erfolgreichen Beispiele aus der Praxis gibt es?**

Auch hier wäre zunächst das Verständnis für den Wert bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts zu nennen. Für Unternehmen wie auch Verwaltungen sind die Mitarbeitenden ein wichtiger – wenn nicht der wichtigste – Faktor. Ihnen die Möglichkeit zu bieten, im eigenen Lebensumfeld aktiv zu werden, fördert ihre Zufriedenheit und die Bindung an den Standort. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt bergen aber auch noch weitere Potenziale: zum Beispiel Lern- und Entwicklungschancen im Bereich der sogenannten Soft Skills – Kompetenzen, die heute wichtiger sind denn je, vor allem im Alltag von Führungskräften. Es gibt hier viele Möglichkeiten: von der finanziellen Unterstützung lokaler Vereine, die die Gelegenheiten für das bürgerschaftliche Engagement bieten, und der Bereitstellung von Räum-

lichkeiten und Equipment bis zu umfangreichen Corporate-Volunteering-Programmen, Pro-bono-Dienstleistungen und Polycys zur Freistellung für Engagierte, die über gesetzlich geregelte Ansprüche hinaus Möglichkeitsräume eröffnen. Dass auch die Information von Mitarbeitenden zu den Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts sehr sinnvoll ist, zeigen Gespräche mit Akteuren aus der öffentlichen Verwaltung regelmäßig: Einerseits bereiten die Prognosen zum Fachkräftemangel einige Sorgen, andererseits werden die Chancen, die mit dem Engagement der neuen Unruheständler einhergehen, durchaus gesehen – noch nicht überall und nicht von jedem, aber dafür gibt es ja auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt, die hierzu gern informiert. ■



Selbstverwaltertage von dbb und GdS

# Mehr Selbstbewusstsein für die Selbstverwaltung

Der Gesetzgeber soll sich weniger in die soziale Selbstverwaltung einmischen. Das hat dbb Vize Maik Wagner auf den Selbstverwaltertagen von dbb und GdS am 6. und 7. November 2024 im dbb forum berlin gefordert. Zur Fachtagung trafen sich Mitglieder, die sich ehrenamtlich in den Vertreterversammlungen, Verwaltungsräten und Vorständen der Sozialversicherungsträger engagieren.



AOK-Vorstand Günter Wältermann.

© Manuel Rose (3)

ten: „Achte auf die kleinen Leute auf der Straße.“ Ein Grundsatz, der ihm heute immer noch wichtig sei, wie er in seinem Impulsvortrag betonte. „Jeder Versicherte soll guten Zugang zu Gesundheitsleistungen haben. Dass diesbezüglich noch Luft nach oben ist, wird offensichtlich, wenn wir einen Arzttermin buchen.“ Das Gesundheitswesen in Deutschland sei das zweitbeste weltweit, aber leider nicht das zweitbeste. Gesetzliche Neuregelungen, mit dem Ziel, bestimmte Eingriffe nur in dafür ausgewiesenen Krankenhäusern zuzulassen, seien deshalb sinnvoll. „Durch operative Routine

**A**lle Träger der gesetzlichen Sozialversicherung, etwa die Deutsche Rentenversicherung oder gesetzliche Krankenkassen, haben Gremien zur Selbstverwaltung. Wer in diese Selbstverwaltungsorgane einzieht, entscheiden die Versicherten alle sechs Jahre bei den sogenannten Sozialwahlen. Doch obwohl es sich – nach der Europawahl und der Bundestagswahl – um die drittgrößte Abstimmung in Deutschland handelt, sank die Beteiligung zuletzt. Für dbb Vize und Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Sozialversicherung GdS, Maik Wagner, liegt ein möglicher Grund in der ausufernden Einmischung des Gesetzgebers. „Es ist leider ein Zeichen der vergangenen Jahrzehnte, dass der Gesetzgeber sich um immer mehr Belange in der Sozialversicherung meint kümmern zu müssen. Wenn zu viel vom Gesetzgeber geregelt wird, bleibt zu wenig eigenständige Regelungsmöglichkeit für die soziale Selbstverwaltung. Dabei wissen die gewählten Selbstverwalter sehr gut, was für Bedürfnisse mit den Beiträgen abgedeckt werden sollen – und können. Und wer Beiträge zahlt, soll auch mitreden können“, sagte Wagner zum Auftakt der Fachtagung.

Wagner versprach, dass GdS und dbb dazu beitragen werden, den Bekanntheitsgrad der sozialen Selbstverwaltung zu erhöhen: „Wir haben uns zum Ziel gesetzt, das Thema immer wieder aufzugreifen. Wir berichten regelmäßig, auch zwischen den Wahlen. Nicht nur über die Wahl selbst, sondern wir werden darüber hinaus die Selbstverwalter und ihre Arbeit vorstellen.“

Günter Wältermann, seit 2012 Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland/Hamburg, wurde bei der Amtsübernahme 2012 gera-

werden gute Ergebnisse erzielt.“ Darüber hinaus müsse die Klinikreform ganzheitlich gedacht und mit entsprechenden Mitteln unterstützt sowie Rettungsdienste und ambulante Versorgung wirtschaftlicher ausgerichtet werden. Chancen für das Gesundheitswesen sah Wältermann unter anderem in der fortschreitenden Digitalisierung und der Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA).

Jork Beßler, Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland, bezeichnete die Rentenversicherung als ein bewährtes System, bei dem die Politik gut beraten sei, das in sie gesetzte Vertrauen nicht leichtfertig zu verspielen. So sei die Kürzung



Jork Beßler, Geschäftsführer der DRV Mitteldeutschland mit dbb Vize und GdS-Chef Maik Wagner (rechts).





des Bundeszuschusses für die Jahre 2022 bis 2027 aus seiner Sicht sachlich nicht gerechtfertigt und resultiere in höheren Beitragssätzen. Grundsätzlich brauche die Rentenversicherung einen größeren Vorlauf bei der Umsetzung neuer Gesetze, „außerdem sollte sich der Gesetzgeber das Fachwissen der Rentenversicherung bei der Umsetzung eines Gesetzesvorhabens besser zunutze machen“, so Beßler.

Der Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen, Peter Weiß, blickte in seinem Vortrag auf die Sozialwahlen 2023 zurück und dankte allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihr Engagement in der Selbstverwaltung. Als Erfolg wertete Weiß das 2023 erstmals durchgeführte Modellprojekt Online-Wahlen mit Beteiligungsraten von bis zu zehn Prozent. Die Möglichkeit sollte jetzt im Sozialgesetzbuch IV (SGB IV) festgeschrieben werden, so Weiß, der sich darüber hinaus über einen höheren Frauenanteil in der Selbstverwaltung freute, der sich in den Verwaltungsräten und Vertreterversammlungen der Sozialversicherung auf durchschnittlich 43,2 Prozent eingependelt hat. Als



Der Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen, Peter Weiß.

Wermutstropfen bezeichnete Weiß die gesunkene Wahlbeteiligung, den niedrigen Anteil von Urwahlen, bei denen die Versicherten und Rentner ihre Vertreter in den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungsträger direkt wählen, sowie ein „deutlich spürbares Informationsdefizit über die Sozialwahlen und die Bedeutung der Selbstverwaltung, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in Politik und Behörden.“

„Die Sozialversicherung gehört den Versicherten und sie verwalten sie selbst. Das muss in Politik und Bevölkerung wieder stärker ins Bewusstsein gebracht werden“, sagte Weiß und gab eine Reihe von Zukunftsempfehlungen ab. Unter anderem müsse der Bundesgesetzgeber

dem satzungsautonomen Regelungsbereich wieder mehr Raum lassen. Auch im Grundgesetz müsse die besondere Stellung der Träger der Sozialversicherung als Treuhänder ihrer Mitglieder klar herausgestellt werden. Kritisch betrachtete Weiß die hohe staatliche Regelungsdichte, die den Sozialversicherungsträgern eine eigenverantwortliche Gestaltung des Satzungs-, Organisations-, Beitrags- und Leistungsrechts weitgehend verwehre.

*br, ef, ri*

Model Foto: Roman Babakin/Colourbox.de

## Novellierung des Laufbahnrechts

# Laufbahnen müssen durchlässiger werden

Der Bund plant eine Novellierung der Bundeslaufbahnverordnung. Eignung, Befähigung und fachliche Leistung müssen dabei als Grundsätze erhalten bleiben, fordert der dbb.

Am 13. November 2024 fand im Bundesinnenministerium (BMI) eine Anhörung zur geplanten Novellierung der Bundeslaufbahnverordnung (BLV) statt. Für den dbb nahmen der zweite Vorsitzende Waldemar Dombrowski sowie Imke von Bornstaedt-Küpper (Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr – VBB) und Thomas Liebel (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ) teil. Die Novelle der BLV war unter anderem notwendig geworden, um Vorgaben der Rechtsprechung umzusetzen. Der Bund will darüber hinaus eine weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts erreichen, insbesondere die Absenkung der Voraussetzungen für den Zugang zum berufspraktischen Aufstiegsverfahren „fachspezifische Qualifizierung“. In den Laufbahnen des technischen gehobenen Verwaltungsdienstes sowie des naturwissenschaftlichen gehobenen Dienstes soll ein Sonderzugang für Personen mit den beruflichen Fortbildungsabschlüssen „Bachelor Professional“ oder „Master Professional“ geschaffen werden, wenn zusätzliche Zeiten adäquater beruflicher Erfahrung vorliegen.

Dombrowski betonte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des wachsenden Fachkräftemangels, dass der Bund durch die Weiterentwicklung und Modernisierung des Laufbahnrechts für Fachkräfte als attraktiver, zukunftssicherer und vielseitiger Dienstherr wahrgenommen werden müsse: „Die Beachtung der Grundsätze Eignung, Leistung und Befähigung muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Insofern erteilen wir etwa den geplanten Einschränkungen bei der Stellenausschreibungspflicht eine klare Absage. Insbesondere die beabsichtigte Abkehr von den bislang abschließend formulierten Ausnahmen beinhaltet faktisch einen Freifahrtschein, der das verfassungsmäßig verankerte Gebot der öffentlichen Ausschreibungspflicht regelrecht konterkariert.“ Zudem seien mit der geplanten Novelle nur wenig Verbesserungen für das Bestandspersonal verbunden: „Da gibt es weiteren Handlungsbedarf. Wir fordern insbesondere eine bessere Durchlässigkeit der einzelnen Laufbahngruppen.“



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion

**WIR SIND DA. FÜR  
DAS WERTVOLLSTE,  
WAS IHR  
HABT.**

*dbb: wir. für euch.*



**Manuel H.**  
Erzieher



